

Katholische
Fachhochschule ○○○○
Nordrhein-Westfalen
University of Applied Sciences

TAGUNGSDOKUMENTATION

FACHSYMPOSIUM

**Von der Migrations-
sozialarbeit zur
Integrationsarbeit**

**Den Wandel
aktiv gestalten**

**am 05.06.2007 · 10-16 Uhr
an der KFH NW, Abt. Köln**

Bearbeiterin:
Susanne Antunes

Aachen im Juni 2007

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	3
2	GRUßWORT	4
3	KONZEPTSKIZZE PROMIGRA	6
4	STRUKTURWANDEL IM ARBEITSBEREICH ,MIGRATION / INTEGRATION'	11
4.1	Projektskizze	11
4.2	Zentrale Erkenntnisse	14
4.2.1	Der kommunal- und landespolitische Kontext	14
4.2.2	Der Wandel in der Organisationsstruktur.....	16
4.2.3	Entwicklungstendenzen auf der MitarbeiterInnen-Ebene	18
4.2.4	Die Perspektive der NutzerInnen	20
4.3	Resümee und Ausblick	22
5	THEMENGRUPPEN	23
5.1	Kooperation vs. Konkurrenz	24
5.1.1	Ausgangsthesen	24
5.1.2	Zusammensetzung der Gruppe und methodisches Vorgehen	24
5.1.3	Inhaltliche Diskussion	24
5.2	Parteilichkeit vs. Moderation	26
5.2.1	Ausgangsthesen	26
5.2.2	Zusammensetzung der Gruppe	26
5.2.3	Inhaltliche Diskussion	27
5.3	Sonderdienst vs. Querschnittsaufgabe	28
5.3.1	Ausgangsthesen	28
5.3.2	Zusammensetzung der Gruppe	28
5.3.3	Inhaltliche Diskussion	28
5.4	Beziehung vs. Sozialraum	30
5.4.1	Ausgangsthesen	30
5.4.2	Zusammensetzung der Gruppe	30
5.4.3	Inhaltliche Diskussion	30
5.5	Bedarfe vs. Anforderungen	31
5.5.1	Ausgangsthesen	31
5.5.2	Zusammensetzung der Gruppe und Vorgehensweise	31
5.5.3	Inhaltliche Diskussion	32
5.5.4	Fazit	33
6	PODIUMSDISKUSSION	34

1 Einleitung

Das TRAF0-Forschungsprojekt¹ der Katholischen Fachhochschule in Nordrhein-Westfalen ,Konzeptimplementierung und Evaluation der Projekts Profils für den Migrationsdienst – ProMigra' steht im Kontext eines grundlegenden politischen Paradigmenwechsels, der im Zuwanderungsgesetz seinen Ausdruck findet. Seit dem Inkrafttreten 2005 wird Deutschland offiziell als Einwanderungsland anerkannt und die Integration zur maßgeblichen Zukunftsaufgabe postuliert.

Die Großbaustelle in der KFH NW, Abteilung Köln könnte quasi als ein Symbol für diesen gesellschaftlichen und politischen Umbruch im Kontext Migration / Integration stehen. In diesem Sinne begrüßte Prof. Dr. Susanne Tiemann, Prorektorin der KFH NW für Forschung und Weiterbildung, die rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Fachsymposium im neu gestalteten Audimax.



Anmeldung im Foyer der KFH, Abt. Köln

Das Fachsymposium bietet ein Forum, um die Ergebnisse der dreijährigen Forschungsarbeit einer Fachöffentlichkeit zu präsentieren. Hochschulintern ist das Evaluationsprojekt im Forschungsschwerpunkt ,Gender und Transkulturalität' angesiedelt. Hier fokussiert die KFH NW mit Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf zwei wesentliche Kennzeichen moderner Gesellschaften - die Dynamiken und zunehmenden Ausdifferenzierungen von Geschlechterverhältnissen und Migrationsbewegungen – welche den sozialen Wandel und die notwendigen Integrationsprozesse der deutschen Einwanderungsgesellschaft bestimmen. Mit der aktiven Auseinandersetzung in diesen Bereichen greift die KFH aktuelle Themen auf und leistet so einen Beitrag zur Bewältigung der anstehenden Zukunftsaufgaben.

Die Forschung an der KFH NW zeichnet sich zudem durch ihre Anwendungs- und Praxisorientierung aus. So ist auch die mehrjährige gelungene Kooperation zwischen der Katholischen Fachhochschule NW und den fünf Diözesancaritasverbänden in NRW im Rahmen dieses Projektes ein Beispiel für die Transferleistungen zwischen Wissenschaft und Praxis. Das Fachsymposium steht daher ganz bewusst am Ende dieser Zusammenarbeit, um den gegenseitigen Gewinn, den Wissenschaft und Praxis daraus ziehen konnten, zu präsentieren.



v. l.: Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker (KFH), Kai Diekelmann (DiCV Köln), Prof. Dr. Angelika Schmidt-Koddenberg (KFH)

¹ **Förderung** des Projekts ,Konzeptimplementierung und Evaluation der Projekts Profils für den Migrationsdienst –ProMigra' erfolgte durch das **Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen** im Rahmen des Programms **Transferorientierter Forschung (TRAF0) an Fachhochschulen in NRW**.

2 Grußwort

von **Dr. Frank Johannes Hensel**, Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Köln

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie im Namen der Diözesan-Caritasverbände in Nordrhein-Westfalen in Köln beim Fachsymposium „Von der Migrationssozialarbeit zur Integrationsarbeit“ begrüßen zu können.

Die tätige Sorge für die Fremden gehört seit jeher zu den Kernaufgaben der Caritas. Schon der Gründer unseres Verbandes, Lorenz Werthmann, kümmerte sich vor rund hundert Jahren um italienische Gastarbeiter, die als Steineklopfer beim Straßenbau eingesetzt wurden. Die Caritas setzt sich tatkräftig und mit erheblichen Eigenmitteln fachlich, politisch und finanziell für Migrantinnen und Migranten ein; gleich, ob sie nun als ausländische Arbeitskräfte,



Dr. Frank Joh. Hensel

Spätaussiedler oder Flüchtlinge nach NRW kommen. Unser Engagement umfasst die konkrete, praktische Hilfe für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die anwaltschaftliche Vertretung der Interessen gerade von Flüchtlingen und Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus und natürlich auch das Mitdenken und Mitwirken in der sozialarbeiterischen Fachdiskussion um die jeweils besten Hilfskonzepte.

In den sechziger, siebziger, achtziger und sogar noch neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts gingen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft viel zu lange davon aus, dass die in Wirtschaftswunderzeiten zu Hunderttausenden angeworbenen ausländischen Arbeitskräfte nach getaner Arbeit bald wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden. Der Integrationsanspruch zog schon rein zeitlich eher vorüber. Mit der überwiegend muttersprachlichen „Ausländersozialberatung“ wurde für diese Situation eine scheinbar ideale Sonderstruktur geschaffen und von Arbeiterwohlfahrt, Caritas und Diakonie auf- und ausgebaut. Die Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland und die Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten eine entscheidende Zukunftsaufgabe ist, setzte sich in Politik und Gesellschaft ja nur langsam durch.

Erst die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2004 besiegelte den Paradigmenwechsel. Bund und Länder zogen die längst überfälligen Konsequenzen und machten den Weg frei für die Weiterentwicklung der ehemaligen „Ausländersozialdienste“ hin zu echten „Integrationsdiensten“. Die Caritas bekannte sich schon zuvor zum „Zuwanderungsland Deutschland“ und damit zu Integration und interkultureller Öffnung unserer Gesellschaft. Den Verantwortlichen war klar, dass daraus auch Konsequenzen für die praktische soziale Arbeit in den Ausländersozialdiensten gezogen werden mussten.

Daher starteten die Diözesan-Caritasverbände in Nordrhein-Westfalen bereits im Jahr 2001 ein Projekt, das ihren Migrationsdiensten ein neues, zukunftsweisendes und zugleich unverkennbar kirchliches Profil geben sollte: das Projekt „Profil für den Migrationsdienst“; kurz: ProMigra. Hinter diesem Kunstwort verbirgt sich ein richtiges Mammutvorhaben, denn ProMigra wollte und will nichts Geringeres, als immerhin über 50 Migrationsdienste mit rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ganz Nordrhein-Westfalen in relativ kurzer Zeit in einen durchgreifenden Veränderungsprozess bringen. Getrieben von der Motivation, endlich aus dem Schattendasein des Sonderdienstes für Ausländer herauszutreten und zum Fachdienst für Integration heranzureifen, beteiligten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort von Beginn an dieser Weiterentwicklung ihres Arbeitsfelds.

Im Jahr 2002 waren zehn zentrale Handlungsfelder für die künftige Arbeit der katholischen Migrationsdienste identifiziert. Sie zogen Kreise bis in die „Eckpunkte der Caritas für ein bundesweites Integrationsprogramm“. Das Wort „Integrationsprogramm“ sagt sich

heute recht leicht; aber noch vor fünf Jahren war Integrationsförderung längst nicht überall anerkanntes politisches Ziel; und es war auch nicht selbstverständlich, dafür offensiv staatliche Programme und Gelder zu fordern, wie wir es seitens der Caritas getan haben.

Das Projekt und das Konzept ProMigra sind überzeugend. Die Handlungsfelder des weiterentwickelten „Fachdienstes für individuelle und gesellschaftliche Integration“ berücksichtigen über die Beratung und die Einzelfallhilfe hinaus weitere Ansätze guter sozialer Arbeit, z. B. Clearingverfahren, Sozialraumorientierung oder Netzwerkarbeit. Andere Handlungsfelder stärken das eindeutige kirchliche Profil der Migrationsdienste der Caritas, etwa die Förderung des Dialogs der Kulturen und Religionen, die zeitlich befristete Integration von Flüchtlingen und die Sorge für die so genannten „Illegalen“.

ProMigra ist ein beispielgebendes Kooperationsprojekt in der Caritas - in der ganzen Freien Wohlfahrtspflege. Trotz unterschiedlichster Ausgangsstrukturen gelang der Verständigungsprozess zwischen allen fünf Diözesan-Caritasverbänden in NRW. ProMigra ist aber nicht nur Verständigung nach innen über das Profil unserer katholischen Migrationsdienste, sondern auch der durchaus gelungene Versuch, die fachpolitische Entwicklung insgesamt mitzuziehen.

Dank unserer Geschlossenheit in der Sache, der Qualität des Konzepts ProMigra, vor allem aber der Reformfähigkeit eines ganzen Arbeitsfeldes ist die fachliche Neuausrichtung erfolgreich angelaufen und weit gekommen. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Caritas in Nordrhein-Westfalen haben Workshops und Tagungen besucht, diskutiert und formuliert, sich durch Fortbildungen in Case-Management, Sozialraumorientierung und interkultureller Öffnung weiterqualifiziert; sie haben Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung betrieben und nicht zuletzt Statistiken gepflegt. Ich danke Ihnen allen ganz herzlich. Ohne Ihre Offenheit, Ihr Engagement, Ihr Mitun, gäbe es ProMigra nicht.

Ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor von ProMigra war und ist die gelungene innerkirchliche Kooperation mit den Katholischen Bildungswerken als Träger der Integrationskurse und mit der Katholischen Fachhochschule (KFH) als Stätte der wissenschaftlichen Begleitung von ProMigra. Gerade Herr Professor Freise gab ProMigra beim Start-up-Workshop im Januar 2002 entscheidende Impulse. Die gesamte Entwicklung und Implementierung von ProMigra von 2002 an bis heute wurde in Kooperation mit der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen gestaltet. Diese Kooperation bietet die einmalige Chance, Ausbildung und Praxis in einem Arbeitsfeld zusammenzubringen, dessen Anforderungen an die Sozialarbeit sich deutlich verändert haben.

Die KFH hat die Umsetzung des Konzepts ProMigra evaluiert; und anlässlich der Vorstellung der Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Auswertung kommen wir heute hier zusammen. Sind Herzblut für die Sache und wissenschaftliche Objektivität überhaupt vereinbar? Ich denke: Ja! Frau Professor Dr.



v. l.: Kai Diekelmann (DiCV Köln), Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker (KFH), Prof. Dr. Angelika Schmidt-Koddenberg (KFH), Susanne Antunes (KFH), Heribert Krane (DiCV Paderborn)

Schmidt-Koddenberg, Frau Professor Dr. Genenger-Stricker und Frau Antunes, die Verantwortlichen für die Evaluierung, haben sich nicht von uns abhängig gemacht, sondern der Caritas mehr als einmal ihre Einsichten und Auffassungen nahe gebracht. Wir haben miteinander gerungen und sind gerade dadurch in der Sache weitergekommen.


Ich bin sehr gespannt auf die Präsentation und Diskussion der Ergebnisse der Evaluation von ProMigra durch die Verantwortlichen der Katholischen Fachhochschule und danke allen Beteiligten noch einmal ganz herzlich für die gelungene Kooperation im Dienste der geliebten Nächstenliebe, also der Caritas.

3 Konzeptskizze ProMigra

Von Kai Diekelmann, DiCV Köln und Heribert Krane, DiCV Paderborn

caritas


ProMigra – eine Konzeptskizze

Caritas in NRW 

caritas

Der Blick zurück

- **Zielgruppenorientierung und separate Dienste:**
 - Ausländersozialberatung (nach Nationalitäten-/Sprachgruppen getrennt)
 - Aussiedlerberatung
 - Flüchtlingsberatung
- **Übergangsmo­dell Migrationsdienst**
 - Ähnliche Lebenslagen
 - Zielgruppenübergreifende Angebote (Gruppen, Projekte) und gemeinsames Lobbying

KFH-Fachsymposium am 5.6.2007 - ProMigra-Konzeptskizze Caritas in NRW 

Der Blick zurück

caritas

■ **Notwendigkeit zu Neuausrichtung und Weiterentwicklung**

- Deutschland als Einwanderungsland braucht geregelte Zuwanderungspolitik
- Notwendigkeit verbesserter Integrationspolitik und wirksamerer Integrationsförderung
- Veränderte politische Rahmenbedingungen
- Weiterentwicklung fachlicher Standards
- Berücksichtigung von Qualitätsentwicklungsprozessen

KFH-Fachsymposium am 5.6.2007 - ProMigra-Konzeptskizze

Caritas in NRW



Das Neue an ProMigra

caritas

- **Integration als zentrales Anliegen**
- **Konzentration der Einzelfallarbeit auf Förderung des Integrationsprozesses (Integrationsförderplan)**
- **Fokussierung auf Handlungsfelder individueller und gesellschaftlicher Integration**

KFH-Fachsymposium am 5.6.2007 - ProMigra-Konzeptskizze

Caritas in NRW



Das Neue an ProMigra

caritas

■ Handlungsfelder individueller Integration:

- Erstintegration
- Nachholende und weiterführende Integration
- Temporäre Integration
- Soziale Arbeit mit Menschen ohne Aufenthaltsstatus
- Qualifizierung und Beschäftigung
- Beratung bei Rückkehr, Aus- und Weiterwanderung

KFH-Fachsymposium am 5.6.2007 - ProMigra-Konzeptskizze

Caritas in NRW



Das Neue an ProMigra

caritas

■ Handlungsfelder gesellschaftlicher Integration

- Sozialraumorientierte Integration
- Antidiskriminierungsarbeit
- Dialog der Kulturen und Religionen
- Interkulturelle Öffnung von Institutionen

KFH-Fachsymposium am 5.6.2007 - ProMigra-Konzeptskizze

Caritas in NRW



Das Neue an ProMigra

caritas

- **Ressourcen-orientierte Hilfe zur Selbsthilfe**
- **Integrationsgesellschaft mitgestalten**
- **Kirchliches Profil durch Leistungen ohne staatliche Refinanzierung**

KFH-Fachsymposium am 5.6.2007 - ProMigra-Konzeptskizze

Caritas in NRW



Umsetzungs-Instrumente

caritas

- **Gemeinsame Steuerung auf Ebene der Caritas in NRW**
- **Einbezug des ProMigra-Konzepts in das Qualitätshandbuch und das QM-System der FIM der Caritas in NRW**
- **Diözesane und überdiözesane Begleitung/Unterstützung der Implementierung**

KFH-Fachsymposium am 5.6.2007 - ProMigra-Konzeptskizze

Caritas in NRW



Umsetzungs-Instrumente

caritas

- **Auswahl der Handlungsfelder und Leistungsprofile vor Ort**
- **Begleitung und Evaluation durch die KFH/NW**
- **Qualifizierung durch Fortbildung (insbesondere: Case-Management, Sozialraumorientierung, interkulturelle Öffnung)**

KFH-Fachsymposium am 5.6.2007 - ProMigra-Konzeptskizze

Caritas in NRW



Neues Profil

caritas

**Aus dem Migrationsdienst von einst ist der
Fachdienst für Integration und Migration (FIM)
geworden.**

KFH-Fachsymposium am 5.6.2007 - ProMigra-Konzeptskizze


Caritas in NRW



4 Strukturwandel im Arbeitsbereich ,Migration / Integration'

Von Prof. Dr. Angelika Schmidt-Koddenberg, Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker und Dipl.Soz.Päd. Susanne Antunes; KFH NW

4.1 Projektskizze



Katholische
Fachhochschule
Nordrhein-Westfalen
University of Applied Sciences

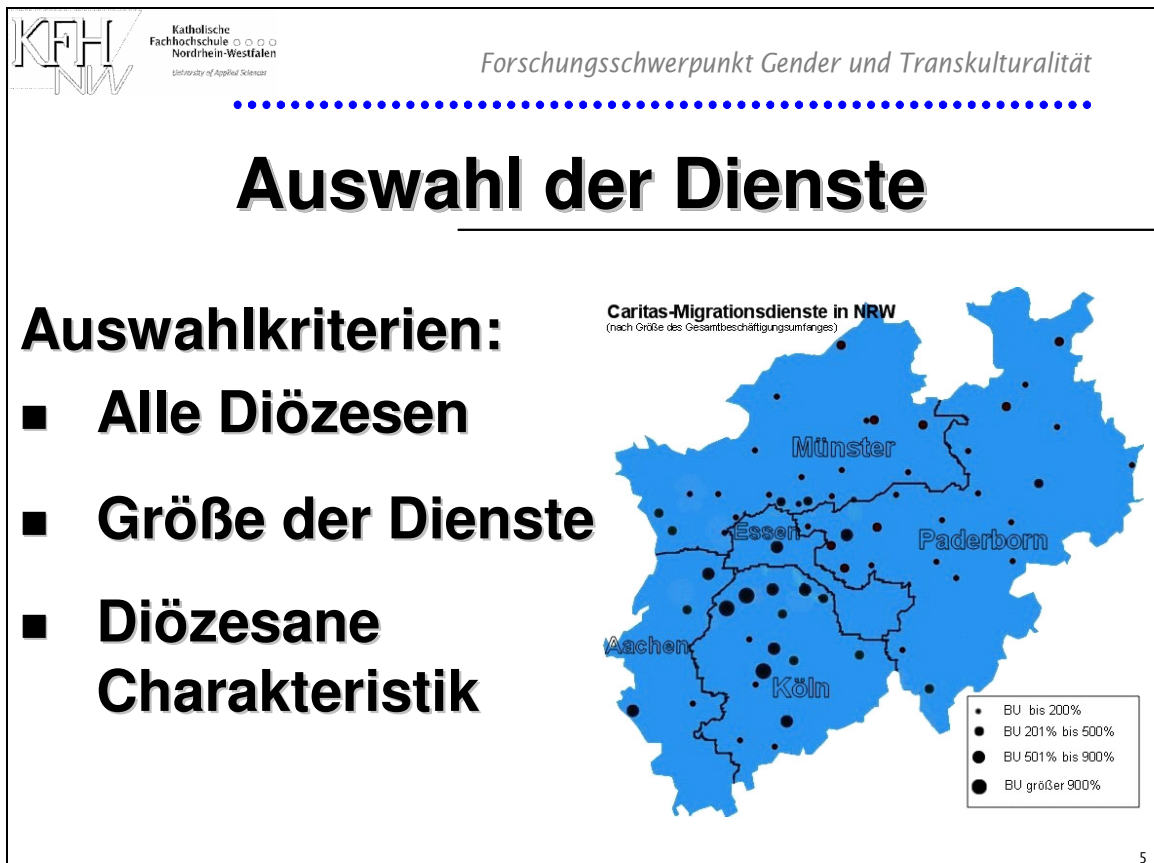
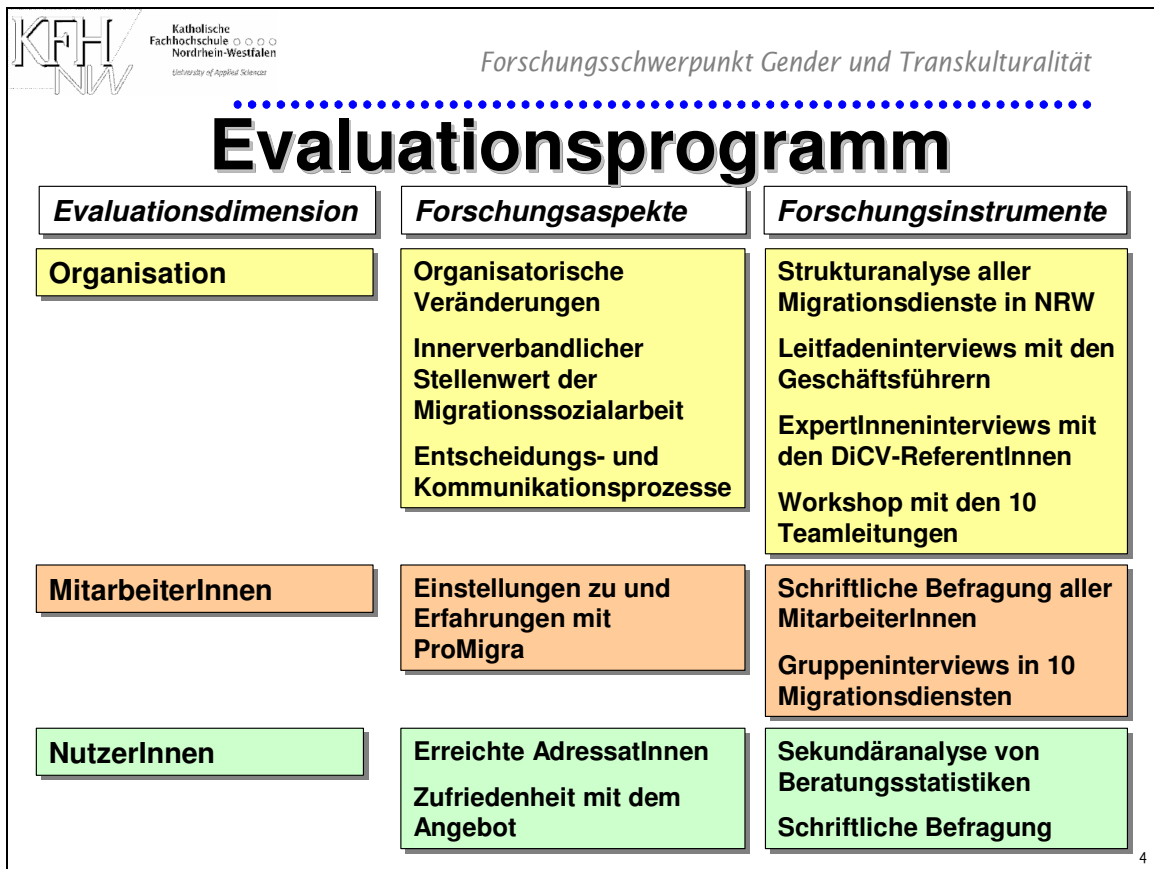
Forschungsschwerpunkt Gender und Transkulturalität

Forschungsauftrag

- **wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der Konzeptimplementierung von ProMigra**

- **Generierung von Transferwissen**

3





Auswahl der Dienste

	Klein	Mittel	Groß	Sehr groß	gesamt
Aachen		SKM Rheydt	RCV Krefeld		2
Essen			DiCV Essen		1
Köln	CV Rhein-Sieg-Kreis		CV Mettmann	CV Köln	3
Münster	CV Borken	CV Warendorf			2
Paderborn	CV Herne	CV Dortmund			2
gesamt	3	3	3	1	10

4.2 Zentrale Erkenntnisse

4.2.1 Der kommunal- und landespolitische Kontext

KFH Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen University of Applied Sciences
Forschungsschwerpunkt Gender und Transkulturalität

Integration geschieht vor Ort

- **KOMM-IN NRW**
- **Neukonzeption der Migrationssozialarbeit**

Das bedeutet:

- **Stärkere Herausforderung der örtlichen Akteure**
- **Mehr Kooperation / Vernetzung**
- **Mehr Konkurrenz**

9

KFH Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen University of Applied Sciences
Forschungsschwerpunkt Gender und Transkulturalität

Schärfung und Stärkung der kommunalen Position der Caritas durch ProMigra

Einschätzungen des Items 'Profilierung des Fachdienstes'

Jahr	positiv (%)	k.A. (%)	negativ (%)
2006	83,3	9	7,6
2005	88,6	6	5,4
2004	87,6	7,7	4,7

(Quelle: Gesamtauswertung der MitarbeiterInnen-Befragung 2004-2006, KFH NW 02/ 2007)

10



Katholische
Fachhochschule
Nordrhein-Westfalen
University of Applied Sciences

Forschungsschwerpunkt Gender und Transkulturalität

Gute Vorbereitung der Teamleitungen auf die neuen Anforderungen

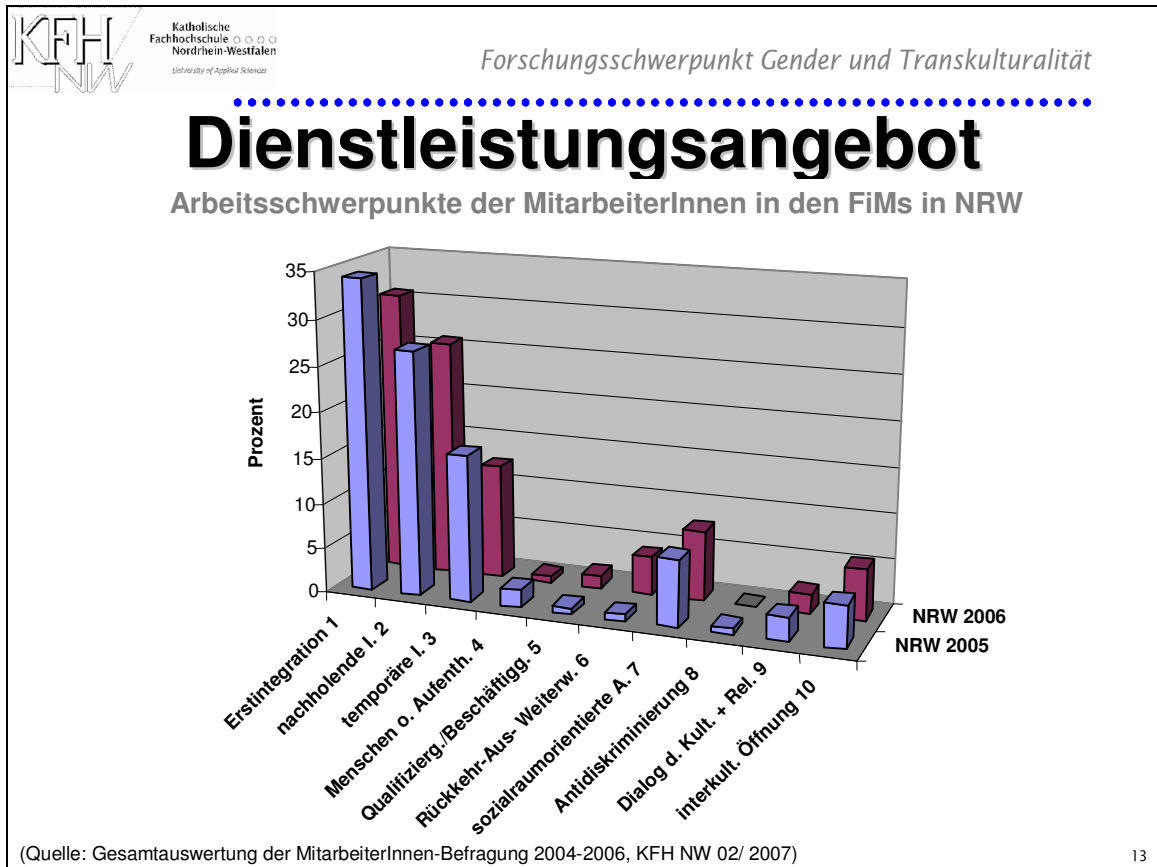


Ausdifferenziertes inhaltliches Konzept

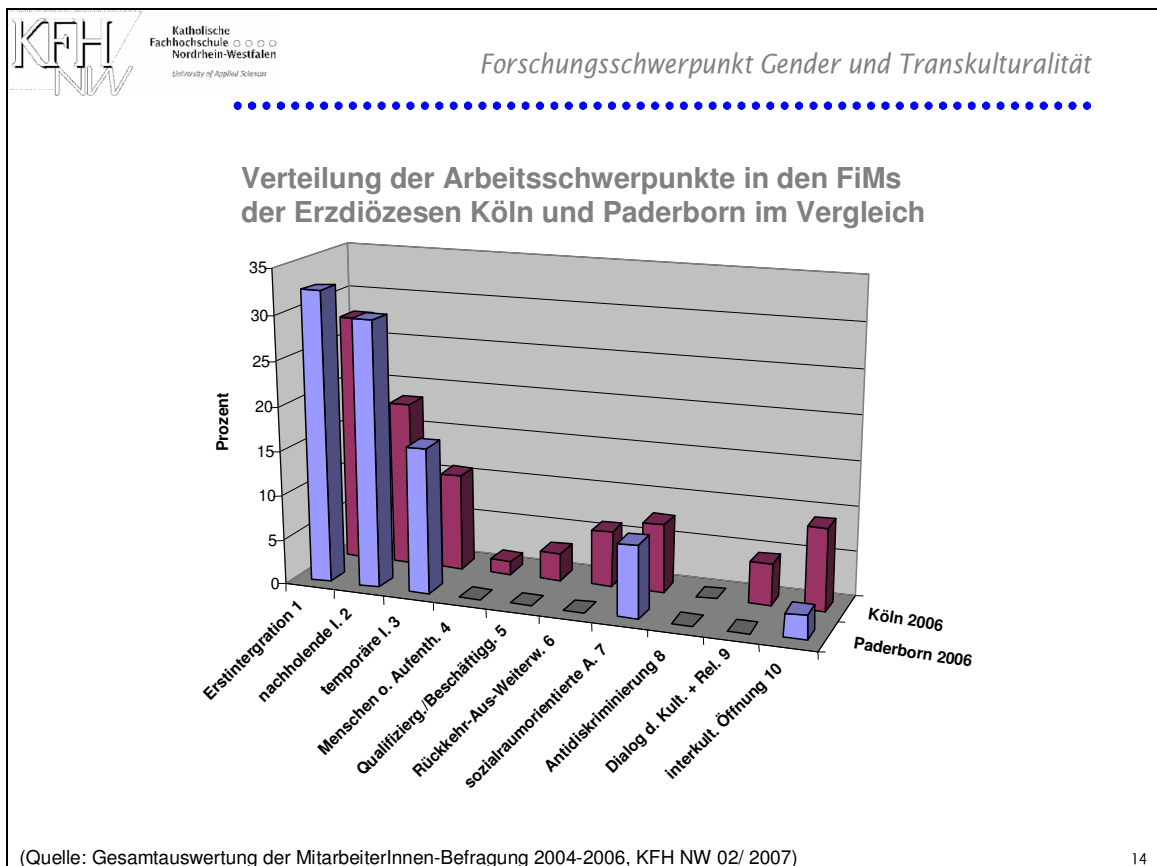
(Quelle: Dokumentation zum Workshop der Teamleitung, KFH NW 10/ 2006)

11

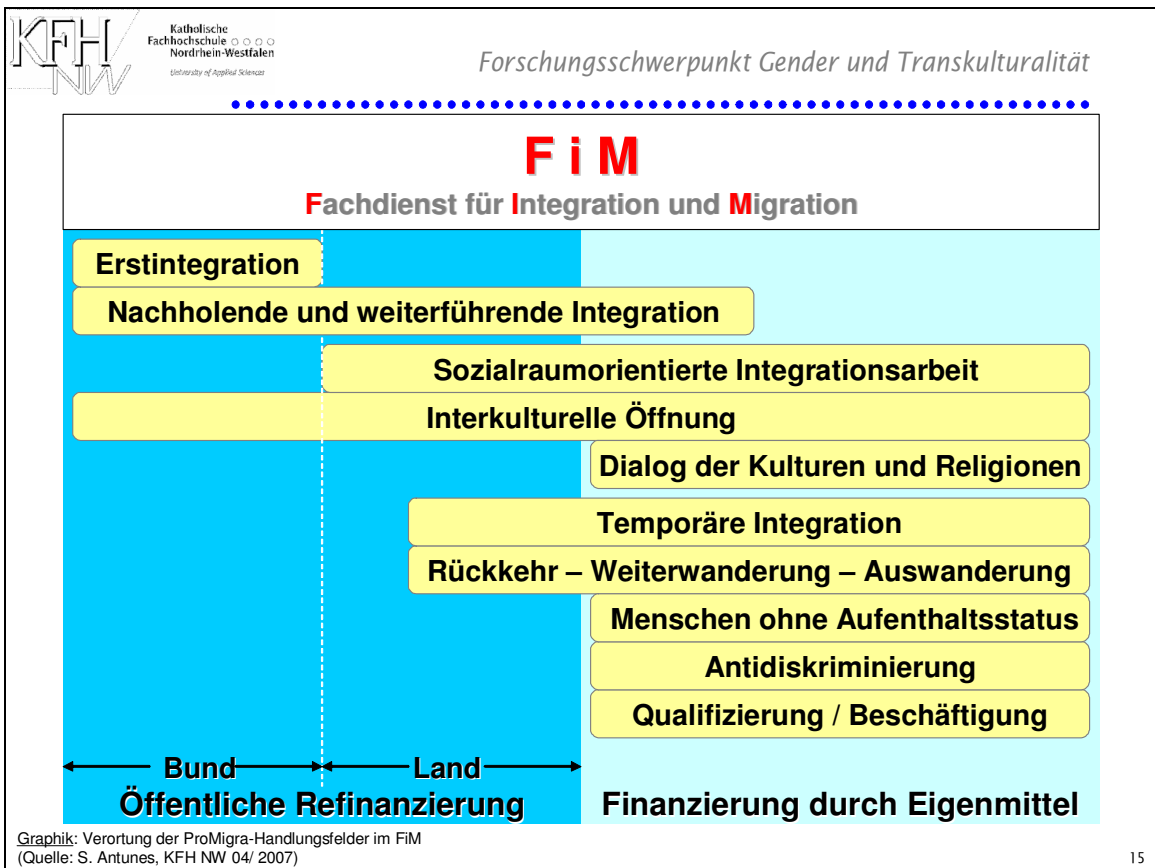
4.2.2 Der Wandel in der Organisationsstruktur



13



14



KFH Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen University of Applied Sciences

Forschungsschwerpunkt Gender und Transkulturalität

Verbandsinterner Stellenwert

- **Erhöhte Aufmerksamkeit für das Arbeitsfeldes Migration / Integration**
- **Prozesse interkultureller Öffnung**

16

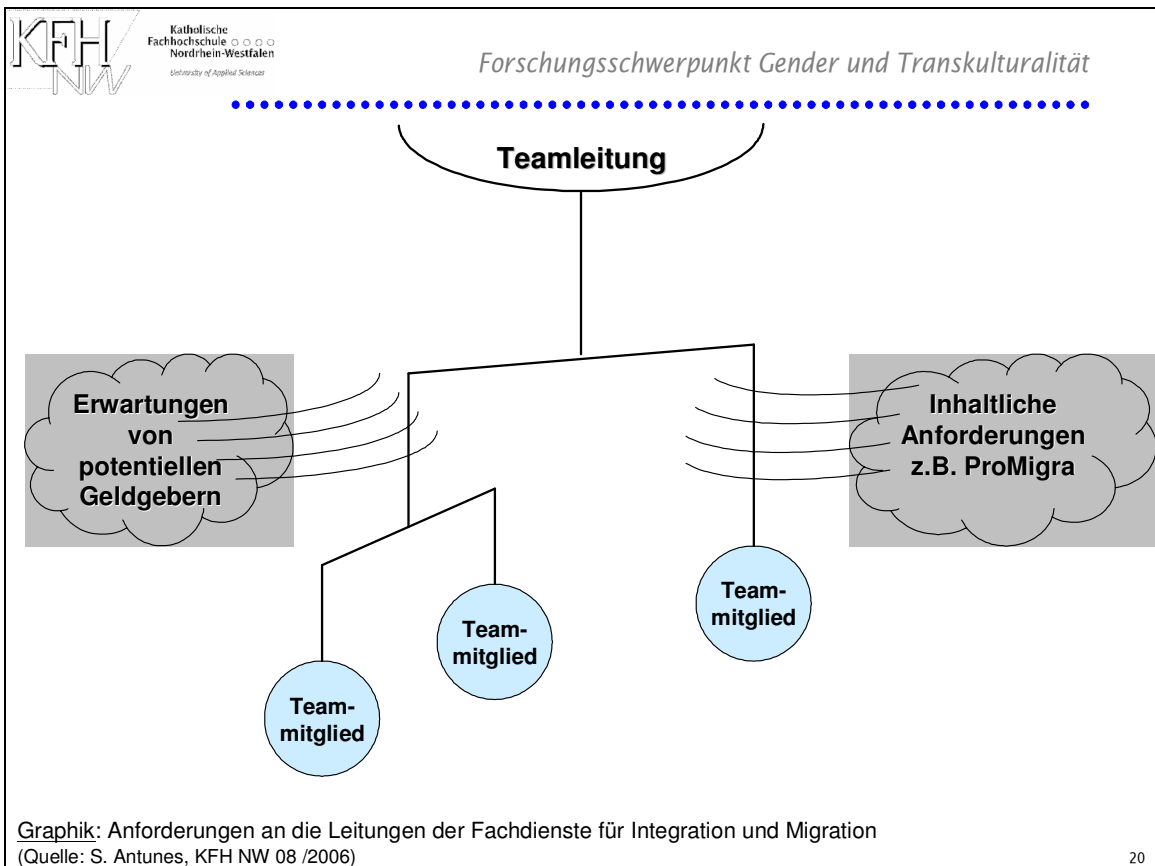
4.2.3 Entwicklungstendenzen auf der MitarbeiterInnen-Ebene

KFH Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen University of Applied Sciences
Forschungsschwerpunkt Gender und Transkulturalität

Entwicklungen auf der Teamleitungs-Ebene

- Außenvertretung der FiMs
- Verbandsinterne Positionierung des FiMs
- MitarbeiterInnenführung

19



Entwicklungen auf der MitarbeiterInnen-Ebene

- **Einzelfall → Arbeitsfeld / Projektarbeit**
- **Defizitorientierung → Ressourcenorientierung**
- **Beziehungsorientierung → Sachorientierung**
- **Veränderungsdruck**

21

Unterstützung durch die FachreferentInnen

- **Konzeptionelle Steuerungsfunktion**
- **Dienstspezifische Fachberatung**
- **Überregionale Foren zum kollegialen Austausch**
- **Bedarfsorientiertes Fortbildungsangebot**

22

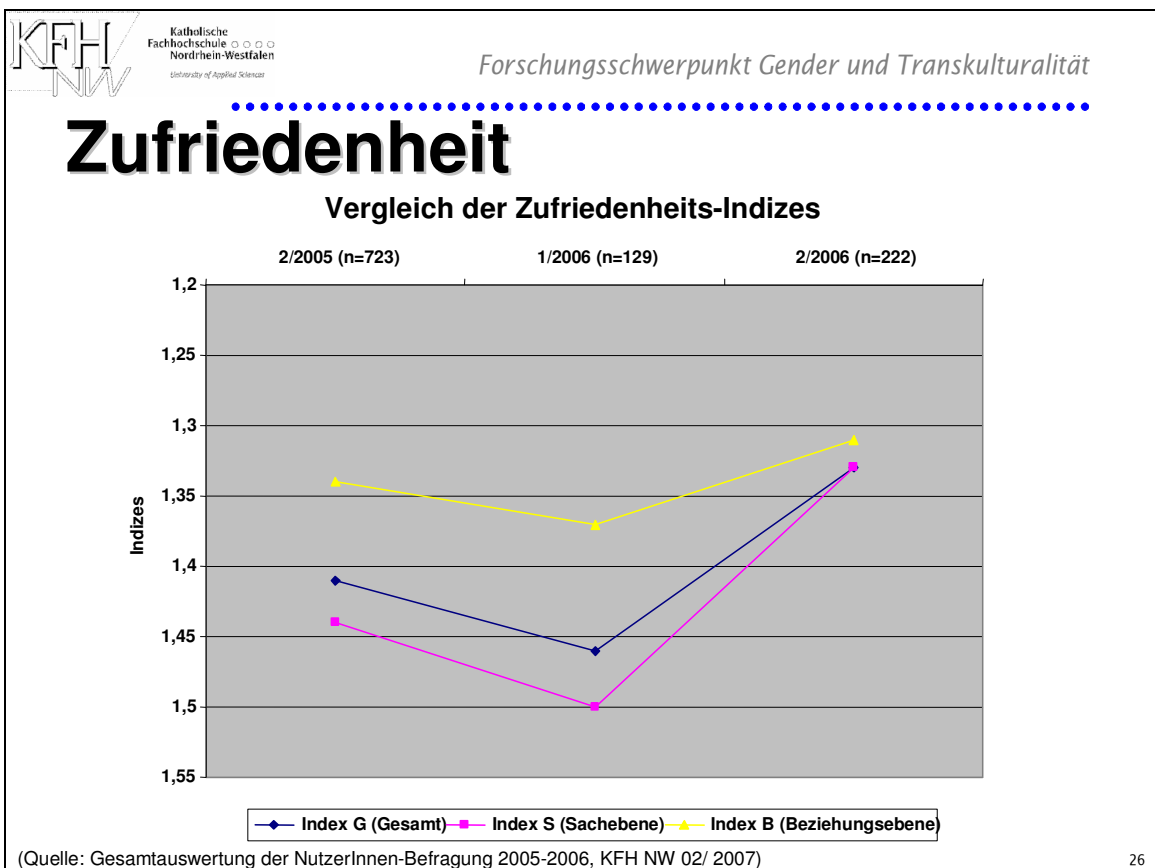
4.2.4 Die Perspektive der NutzerInnen

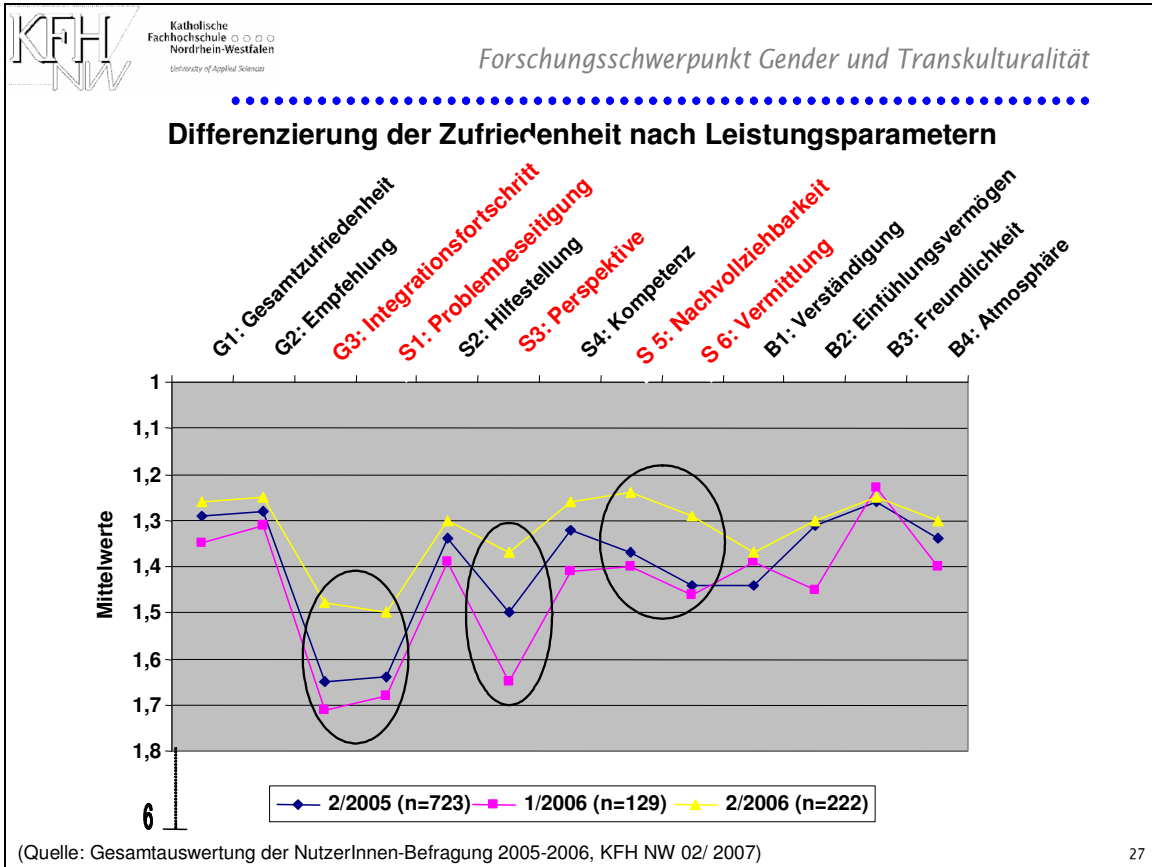
KFH Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen University of Applied Sciences
Forschungsschwerpunkt Gender und Transkulturalität

Zielgruppen

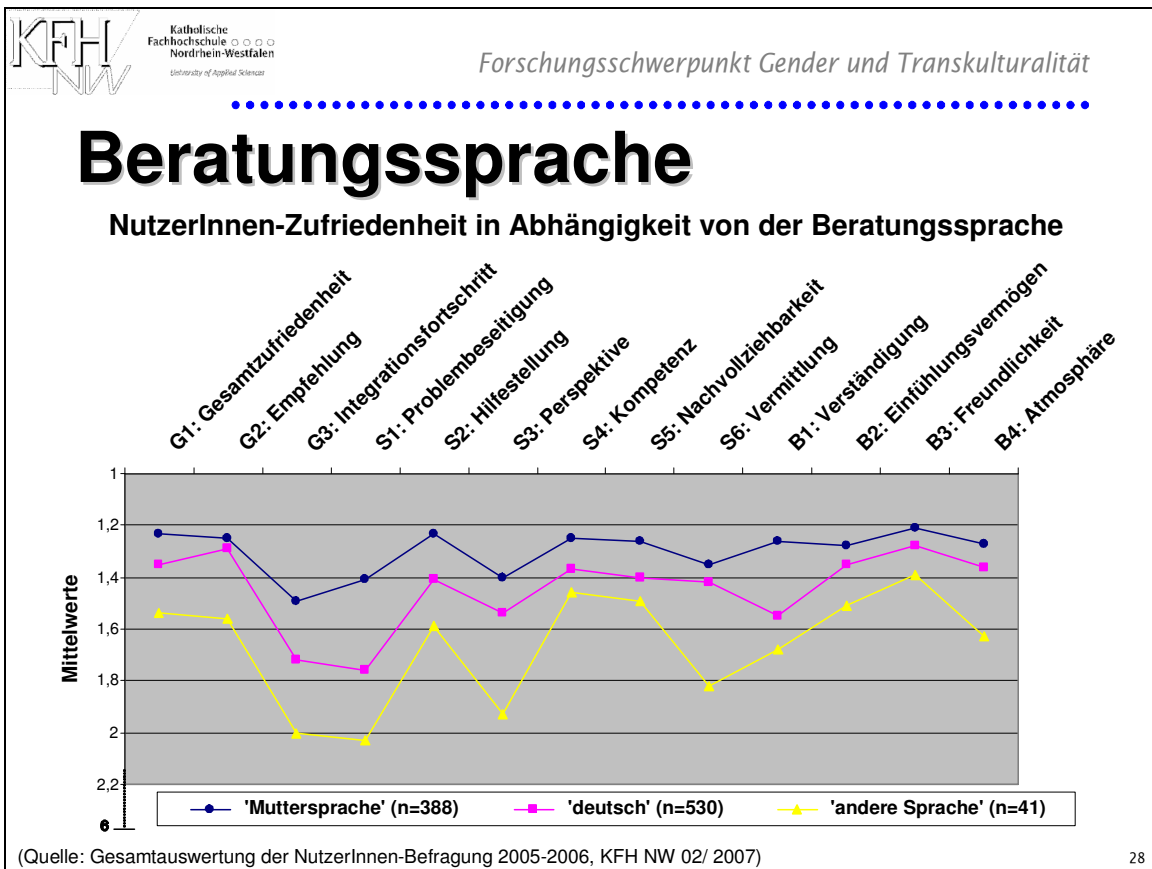
- Neuzugewanderte
- „Bestandsausländer /innen“
- Bürger / Bürgerinnen im Sozialraum

24

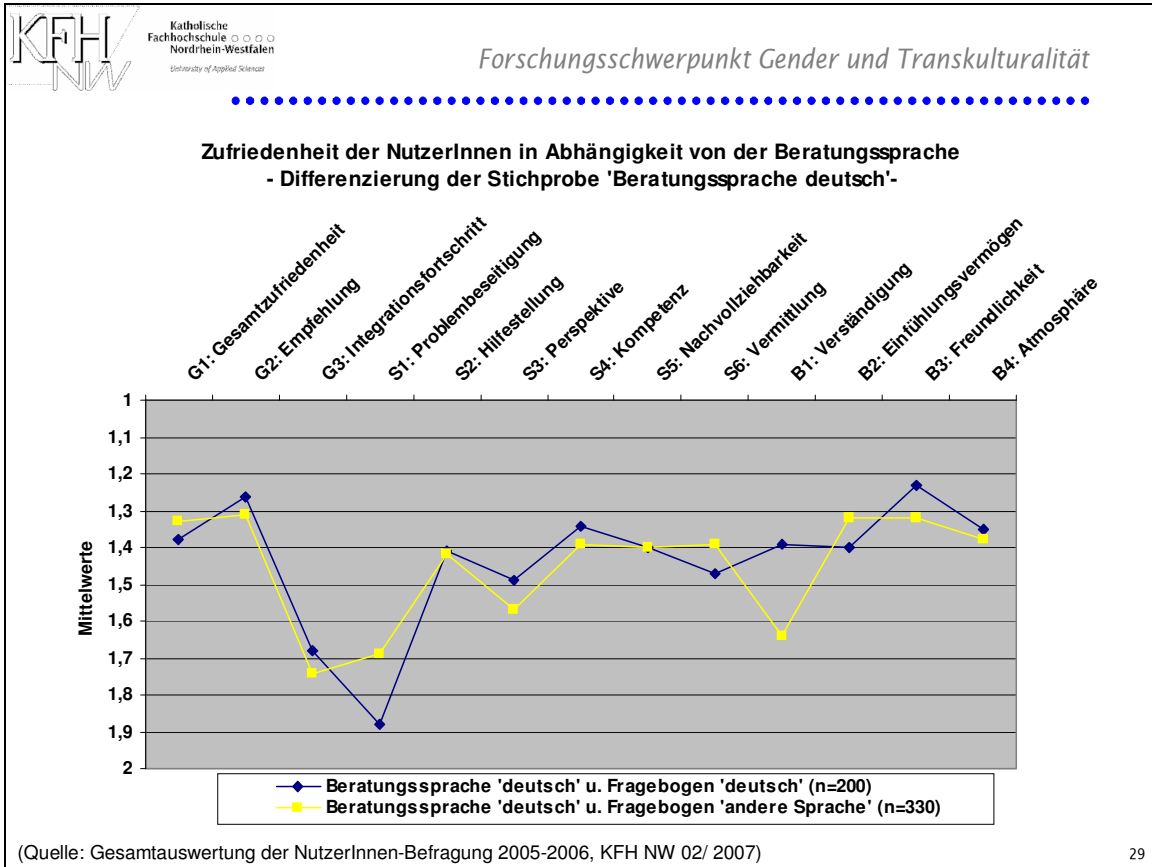




27

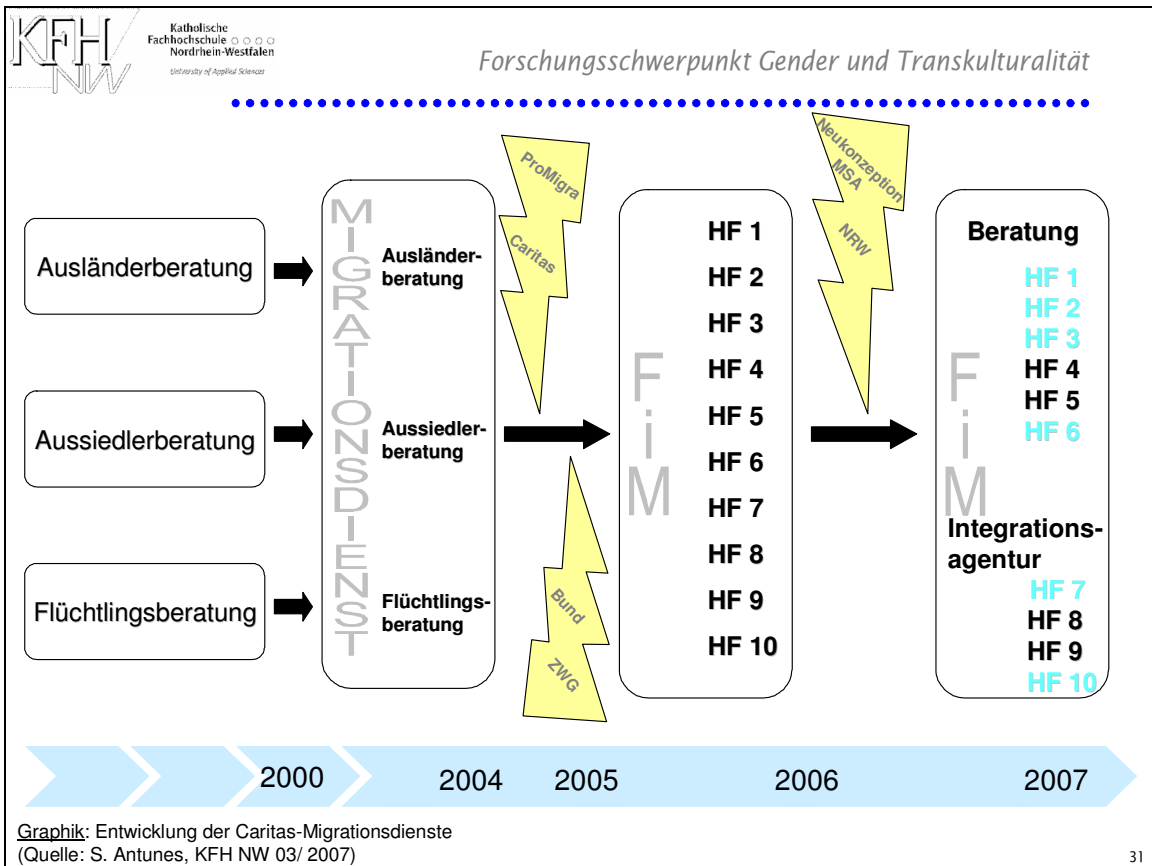


28

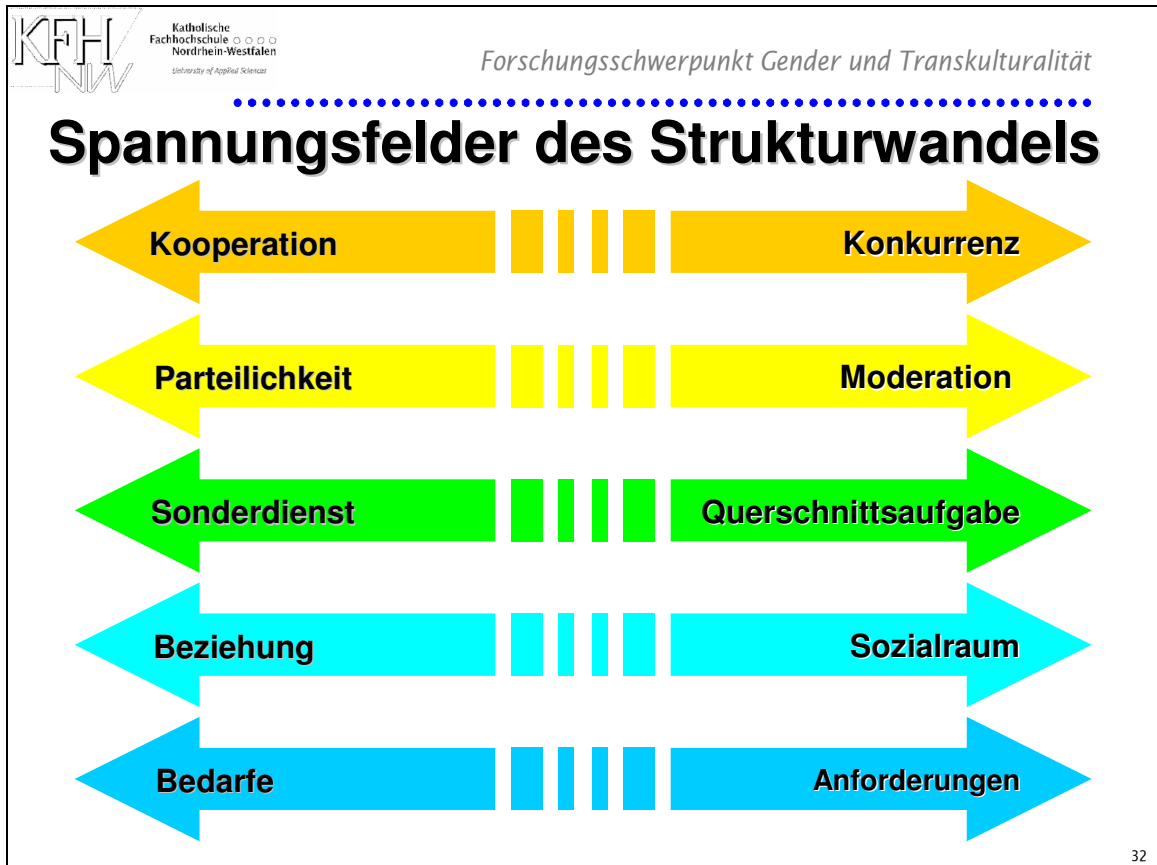


29

4.3 Resümee und Ausblick



31



5 Themengruppen

Zur Vertiefung und Reflektion der benannten fünf Spannungsfelder des Strukturwandels im Arbeitsbereich Integration / Migration sollten in den Themengruppen drei Leitfragen bearbeitet werden:

- Wie nehmen Sie das dargestellte Spannungsfeld wahr? Welche Erfahrungen machen Sie mit dem skizzierten Spannungsfeld in der Praxis?
- Wie positionieren Sie sich in diesem Spannungsfeld? Und welche Konsequenzen hat das für ihre Praxis?
- Welche Konsequenzen ergeben sich bei einer Positionierung innerhalb des Spannungsfeldes für die Integrationsarbeit im Allgemeinen?

Eindrücke aus den Themengruppen und die Ergebnisse wurden von den jeweiligen Leitungen und / oder ihren anwesenden KollegInnen dokumentiert.



5.1 Kooperation vs. Konkurrenz

Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Wohlfahrtsverbänden: Wohin des Weges?

Leitung: Paolo Miribung, DiCV Aachen

5.1.1 Ausgangsthesen

1. Die Landesregierung fordert von den Kommunen die Steuerung des Integrationsprozesses.
2. Die Caritasverbände sind durch die Implementierung von ProMigra gut auf den Strukturwandel vorbereitet und können im kommunalen Integrationsprozess führende Positionen einnehmen.
3. Zuständigkeitsbereiche und Aufgaben werden im kommunalen Kontext neu zugeschnitten und verteilt. In dieser Konkurrenzsituation müssen sich alte und neue Akteure positionieren und behaupten.
4. Kooperationen zwischen den Wohlfahrtsverbänden, Kommunen und anderen Akteuren sind im Integrationsprozess unerlässlich.

5.1.2 Zusammensetzung der Gruppe und methodisches Vorgehen

Die Gruppe bestand aus 15 TeilnehmerInnen, größtenteils MitarbeiterInnen von Migrationsfachdiensten der verbandlichen Caritas. Leider waren nur zwei TeilnehmerInnen aus Verwaltungen (Kommune und Bezirksregierung) anwesend. Zu Beginn der Themengruppe wurden die TeilnehmerInnen gebeten, mit Klebepunkten auf einer Skala vier Aussagen/Thesen zu bewerten. Im Anschluss daran wurden die Thesen und die Punktbewertung in der Gruppe diskutiert.

Fragen:

- Wie wird Integrationsmanagement gestaltet und gesteuert?
- Wie funktioniert die Kooperation zwischen den Wohlfahrtsverbänden, Kommunen und anderen Akteuren?
- Wie nehmen die Akteure ihre Rolle wahr?
- Wo sehen wir Verbesserungsbedarfe?

5.1.3 Inhaltliche Diskussion

Erste These: Die Kommunen haben die Aufgabe (im Auftrag des Landes), den Integrationsprozess zu steuern.

Alle Anwesenden konnten über Aktivitäten von Kommunen im Bereich der Integrationsförderung berichten. Bestätigt wurde, dass die Kommunen durch politische Rahmenseetzungen (Zuwanderungsgesetz, Landesprogramme) im Bereich der Integrationsförderung aktiver werden mussten. Allerdings gibt es auch die Erfahrung, dass manchen Kommunen noch Integrationskonzepte fehlen und Maßnahmen zur Integrationsförderung nicht immer mit allen regionalen Akteuren abgestimmt werden.

Die Mehrheit der Themengruppe stimmte der These zu, dass Kommunen eine Steuerungsfunktion im Rahmen von kommunaler Integrationspolitik einnehmen sollten. Nicht abschließend konnte diskutiert werden, mit welchem Selbstverständnis Kommunen ihre Steuerungsfunktion wahrnehmen sollten. Steuerung wird teilweise erlebt als direktiv und „von oben“ angeordnet, in anderen Kommunen aber auch als partizipativ und transparent.

Hier kommt es in den unterschiedlichen Kommunen auf die jeweilige politische Kultur und die Beziehungen zwischen Verantwortlichen an, wie Steuerung gelebt wird. Besonderes Thema in der Diskussion war die notwendige „Neutralität“ einer Kommune. Es wurde angezweifelt, dass Kommunen „neutral“ sind. Pauschal wurde festgestellt, dass Kommunen ihre Steuerungsfunktion da am besten wahrnehmen, wo bereits Integrationsbeauftragte ernannt wurden und Integrationskonzepte auch durch die politischen Gremien beschlossen wurden.

Zweite These: Die Caritas/die Wohlfahrtsverbände nehmen mit ihren Fachdiensten für Integration und Migration eine führende Position ein im Rahmen der kommunalen Integrationsprozesse.

Diese These ist in der Themengruppe unterschiedlich interpretiert worden, dabei besonders die Aussage, dass Caritas resp. Wohlfahrtsverbände eine „führende“ Position einnehmen. Es wurde von Erfahrungen berichtet, dass Kommunen jahrzehntelang kein strukturiertes Vorgehen im Bereich der Integrationsförderung hatten und jetzt – im Schnellverfahren – Ideen und Konzepte der Wohlfahrtsverbände übernehmen. Dabei kommt es vor, dass Kommunen die Fachlichkeit und die Erfahrungen der Wohlfahrtsverbände sich zu Eigen machen und nicht gemeinsam auftreten. Es fehlt in vielen Kommunen die Bereitschaft der Verantwortlichen in Verwaltung und Politik, mit den Wohlfahrtsverbänden auf gleicher Augenhöhe zu sprechen und die Fachlichkeit zu akzeptieren. Die TeilnehmerInnen sehen allerdings auch, dass das integrationspolitische Handlungsspektrum einer Kommune wesentlich breiter sein muss als eines Wohlfahrtsverbandes. Diese höheren Anforderungen machen sicher eine kommunale Integrationspolitik schwieriger.

Dritte These: Die notwendige Neubestimmung von Aufgaben und Zuständigkeitsbereichen kommunaler Integrationspolitik führt zu Konkurrenzsituationen.

Die Erfahrung von Konkurrenz scheint nach Aussagen der Teilnehmer / Teilnehmerinnen verstärkt ein Zeichen der letzten Jahre zu sein. Die Gruppe diskutierte die aktuelle Zeit und verglich sie mit einer Zeit 10 bis 15 Jahre früher. Durch veränderte Förderprogramme ist die Konkurrenz gestiegen (z.B. konkurrieren die Anbieter von Integrationskursen und von Migrationserstberatung um eine immer kleiner werdende Zielgruppe). Neben den externen Gründen für Konkurrenzsituationen gibt es auch interne Gründe. Die mangelnde Fähigkeit, Konflikte und Interessensgegensätze auszuhalten und miteinander zu lösen, wurde als Hauptgrund genannt. Dies wurde nicht pauschal für jegliche Form von Zusammenarbeit zwischen Wohlfahrtsverbänden und Kommunen benannt, es gibt sie aber.

Vierte These: Kooperationen zwischen den Wohlfahrtsverbänden, Kommunen und anderen Akteuren sind im Integrationsprozess unerlässlich.

Diese These hatte die eindeutig höchste Zustimmung. Die Suche nach und die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern ist neu zu entdecken. Die Themengruppe diskutierte, was Fachkräfte in Migrationsdiensten und Verantwortliche in Kommunen davon abhält, verstärkt zu kooperieren. Als wesentliche Ursache wurde dabei ein fehlendes berufliches Selbstverständnis benannt. Wer von sich und seiner Arbeit überzeugt ist und den „Mehrwert“ von Kooperation schätzen kann, wird dann auch Kooperationen suchen. Abschließend hat die Gruppe in einem Brainstorming benannt, was zum Gelingen von Kooperationen beitragen kann.

Was ist besonders wichtig bei dieser Kooperation?



5.2 Parteilichkeit vs. Moderation

Verbandliche Profile unter politischem (Anpassungs-)Druck?

Leitung: Angela Tieben, DiCV Münster

5.2.1 Ausgangsthesen

1. ProMigra ist ein innovatives, die pluralen Herausforderungen einer Einwanderungsgesellschaft antizipierendes Konzept für ein modernes Integrationsprogramm.
2. Das Ergebnis des Entwicklungsprozesses der Landesintegrationspolitik stellt nur eine Teilmenge der Inhalte von ProMigra dar.
3. Die Umsetzung des facettenreichen Gesamtspektrums von Handlungsfeldern bedarf erheblicher Eigenmittel und des Engagements des Verbandes oder zusätzlicher öffentlicher Finanzressourcen.
4. Die Caritas versteht sich nicht nur als Dienstleister im Integrationsprozess sondern auch als Anwalt für benachteiligte Menschen.

5.2.2 Zusammensetzung der Gruppe

Auf ausdrücklichen Wunsch der TeilnehmerInnen wurde das Angebot trotz geringer Anzahl (zwei Vertreterinnen der Kommunen, eine FiM Teamleitung) durchgeführt.

5.2.3 Inhaltliche Diskussion

Da einige Teilnehmer/-innen das Konzept ProMigra nicht kennen, wurden zu Beginn des Workshops noch einmal alle Handlungsfelder von ProMigra benannt sowie die Arbeitsschwerpunkte, in denen die Mitarbeiter/-innen in den Caritas-Fachdiensten für Integration und Migration tätig sind (s. Darstellung der Arbeitsschwerpunkte der Mitarbeiter/-innen in den FiMs in NRW)

Deutlich wurde von den Teilnehmer/-innen gesagt, dass auch die Beratung der Zielgruppen und die Wahrnehmung der Arbeitsschwerpunkte, für die es keine oder nur wenig öffentliche Mittel gibt, dringend notwendig sind.

In der Diskussion wurden folgende Aspekte geäußert:

→ Schwerpunktsetzung im Arbeitsbereich:

- Die Prioritätensetzung der Arbeit in den Handlungsfeldern ist hauptsächlich von den Geschäftsführungen abhängig.
- Es besteht Klärungsbedarf darüber, was die Leitung des Fachdienstes Integration und Migration will? Und wie bestimmte Interessen dann auch durchgesetzt werden können?
- Das Verhältnis des Angebots zum Bedarf ist unausgeglichen, da es nur wenige Stellen in diesem Arbeitsbereich gibt.
- Die Caritas hat ganz spezielle Kompetenzen, sie zeichnet sich durch u. a. durch schnelle unbürokratische Hilfe aus. „Wenn ich nicht weiter weiß, rufe ich die Caritas an.“ Dies muss weiterhin gewährleistet sein.

→ Anwaltschaft:

- Die Arbeit mit „Armen“ ist ein wichtiger Beitrag für die Gesellschaft und ein urkatholischer Auftrag
- Die Caritas muss ihr Image wahren, d.h. die Hilfe für die Armen muss auch ohne Refinanzierung möglich sein.
- Die Gesellschaft erwartet wegen der Zahlung von Kirchensteuermitteln, dass auch soziale Arbeit ohne öffentliche Förderung geleistet wird.
- Fraglich ist, wie lange wir uns die Arbeitsbereiche noch leisten können, die nicht refinanziert werden.
- Übereinstimmung in der Gruppe darüber, dass die Anwaltschaft für Benachteiligte Menschen (vgl. 4. These) deutlich wahrgenommen wird, da es ein kirchlicher Auftrag ist.

→ Arbeit mit Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus:

- Wir müssen Anwalt für benachteiligte Menschen sein, z.B. muss ein Teil der Arbeitszeit auch für die Arbeit mit ‚Illegalen‘ bereitgestellt werden. Allerdings wirft das die Frage auf, wie wir auch diese Arbeit finanziert bekommen.
- Bisher ist eine öffentliche Förderung bei der Arbeit mit Illegalen nicht gegeben. Es ist aber „zwischen den Zeilen zu lesen“, dass das Thema in der Politik und bei öffentlichen Stellen bekannt ist.
- Sozialdienste müssen offen für ‚Illegale‘ sein.
- Wenn von der Geschäftsführung die Anweisung kommt, dass diese Arbeit nicht mehr gemacht werden kann, müsste verbandsintern darüber diskutiert werden.

→ Bedeutung des Ehrenamts:

- Förderung der Ehrenamtlichkeit ist gut für das Image, aber es wird zu wenig darin investiert.
- Die Ehrenamtlichen leisten konkrete Hilfe und tragen darüber hinaus die Themen in die Gesellschaft.

→ Vernetzung:

- Es ist wichtig, die Arbeit in den Kommunen mit der Caritas noch besser zu vernetzen.
- Die Caritas hat über die Kirche gute Netzwerke, die noch intensiver genutzt werden könnten (weltweit).

5.3 Sonderdienst vs. Querschnittsaufgabe

Interkulturelle Öffnung im Verband: können auch kleine Impulse große Wellen schlagen?

Leitung: Kai Diekelmann, DiCV Köln

5.3.1 Ausgangsthesen

1. Interkulturelle Öffnung einer Organisation ist eine Führungsaufgabe. Sie muss in den Verbänden als Leitziel verankert und als Querschnitt institutionalisiert werden.
2. Fachdienste für Integration und Migration bilden mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen eine wichtige Ressource in diesem Öffnungsprozess.
3. Ein umfassender interkultureller Öffnungsprozess führt sukzessive zu einer spezialisierten Aufgabenstellung des Fachdienstes, ggf. zu dessen Auflösung.

5.3.2 Zusammensetzung der Gruppe

Insgesamt eine sehr heterogene Gruppe, in der sowohl MitarbeiterInnen, Teamleitungen als auch Abteilungsleitungen von Caritasortsverbänden, als auch VertreterInnen verschiedener anderer Wohlfahrtsverbände (DRK, AWO, DCV) und eine Dezernentin der Bezirksregierung Köln vertreten waren.

5.3.3 Inhaltliche Diskussion

Was hat Sie zur Beteiligung an dieser Themengruppe motiviert?

- Wie kann dem Legitimationsdruck begegnet werden, unter dem die Fachdienste schon seit Jahren — und in letzter Zeit auch noch vermehrt — stehen?
- Bei den anderen Fachdiensten kommt an, dass die Fachdiensten für Integration und Migration nur noch an sie weitervermitteln. Das führt zu Konflikten.
- Im Verband gibt es Anfänge eines Prozesses zur interkulturellen Öffnung; da stellt sich die Frage nach der Zukunft des Fachdienstes.
- Im Kontext der interkulturellen Öffnung muss es auch für Mitarbeiter/innen anderen Glaubens Zugang zur verbandlichen Caritas geben.
- Wie kann die Unterstützung von interkulturellen Öffnungsprozessen als wichtige Aufgabe der Integrationsagenturen umgesetzt werden?
- Welche Rolle haben die Fachdienste im Zusammenhang mit interkultureller Öffnung?
- Wie wird der interkulturelle Umorientierungsprozess gestaltet?

Wie nehmen Sie das dargestellte Spannungsfeld wahr? Welche Erfahrungen machen Sie in der Praxis?

- Die Vorstellung eines Sonderdienstes für Migranten ist bei Trägern und Politik immer noch stark verwurzelt.
- Interkulturelle Öffnung bedeutet eine komplexe Veränderung im Denken und im Bewusstsein. Diese Haltung muss alle Ebenen durchdringen sowohl die einzelnen Dienste und die Träger, als auch die Kommunen und die Politik.
- Im eigenen Verband ist bereits ein Programm zur interkulturellen Öffnung gestartet worden. Einige Arbeitsfelder (z.B. Kindertagesstätten) sind daran stark interessiert und unterstützen den Prozess.
- Es ist in den Verbänden nicht mehr die Frage „**Was** ist interkulturelle Öffnung?“, sondern es steht vermehrt die Frage im Mittelpunkt „**Wie** kann sie erreicht werden?“

Wie positionieren Sie sich in diesem Spannungsfeld? Welche Konsequenzen hat das für die Praxis?

- In den MitarbeiterInnenteams der Fachdienste gibt es immer noch Trauer um Verlorenes neben Aufbruchstimmung. Dies führt zu Spannungen zwischen „alten Hasen“ und Neulingen, zwischen Innovationsbereiten und –bremsenden.
- Das Profil des Fachdienstes für Integration und Migration ist z.T. intern, vor allem aber extern noch nicht klar.
- Aber: die Fachdienste bieten viel Spielraum für Kreativität.

Welche Konsequenzen ergeben sich bei einer Positionierung im Spannungsfeld für die Integrationsarbeit im Allgemeinen?

- Eine Teilnehmerin mit eigener Zuwanderungsgeschichte formuliert: Interkulturelle Öffnung ist **die** Chance zur Integration für die Zugewanderten.
- Im Bereich der Kindertagesstätten gibt es bereits viel Vorerfahrung mit dem Thema interkulturelle Öffnung:
 - in den Teams ist Sensibilisierung das Wichtigste
 - für die Träger ist Beratung bei Organisationsentwicklung vorrangiges Anliegen
- Sowohl die Sensibilisierung der MA als auch die Organisationsentwicklung setzen die Auseinandersetzung mit der eigenen kulturellen Prägung und den eigenen Werten voraus.
- Jede(r) Träger/Mitarbeiter/in muss sich selbst auf den Weg der interkulturellen Öffnung machen, sonst droht der eigene „Untergang“ → iKÖ hat auch was mit einer inneren Haltung zu tun.
- Im Kern geht es bei der interkulturellen Öffnung um die Reflexion und das In-Frage-Stellen der eigenen Routinen. So müssen sich manche mittelschichtorientierten Dienste fragen, ob sie die vorrangig wichtigen Zielgruppen tatsächlich erreichen.

5.4 Beziehung vs. Sozialraum

Der Königsweg zur Integration: Kann sozialraumorientierte Integrationsarbeit fallorientiertes Handeln ersetzen?

Leitung: Detlef Steinmetz, DiCV Essen

5.4.1 Ausgangsthesen

1. Das aktuelle Integrationsprogramm fokussiert auf die *gesellschaftliche Dimension*, die sich im Sozialraum realisiert und alle Bürger und Bürgerinnen fordert.
2. Die *individuelle Integrationsdimension* reduziert sich im aktuellen Integrationsprogramm vor allem auf die Rolle der Einstiegshilfe; darüber hinausgehende spezifische Bedarfe werden nicht berücksichtigt.

5.4.2 Zusammensetzung der Gruppe

Diese große Gruppe war überwiegend mit MitarbeiterInnen und Teamleitungen aus verschiedenen Caritas Ortsverbänden besetzt. Darüber hinaus waren noch eine Referentin des DiCV Rottenburg-Stuttgart, eine Referentin des MGFFI, ein Vertreter des ISSAB der Uni Duisburg-Essen, sowie weitere Praxiseinrichtungen als auch StudentInnen der KFH vertreten. Die Arbeit in dieser Themengruppe wurde durch eine rege Beteiligung und einen interessanten Austausch geprägt. Durch die bunte Mischung der TeilnehmerInnen, es waren PraktikerInnen, VertreterInnen des Ministeriums und SozialraumanalysikerInnen vertreten, ergaben sich zahlreiche Diskussionsansätze.

5.4.3 Inhaltliche Diskussion

Zunächst wurde noch einmal der geschichtliche Werdegang nachvollzogen. Von der Migrationssozialarbeit über die Erprobungsmaßnahmen unter Einbezug der Fachkräfte für Integration und Migration bis hin zur Integrationsagentur wurde das Arbeitsfeld noch einmal beleuchtet. Dabei wurde seitens des MGFFI (Ministerium für Gesundheit, Familie, Frauen und Integration) noch einmal deutlich dargestellt, dass es im Interesse des MGFFI liegt, "keinen alten Wein in neuen Schläuchen" zu erhalten. Deshalb sei es notwendig, dass die Fachkräfte, die im Sozialraum aktiv sind, sich folgende Arbeitsschwerpunkte setzen:

- Bürgerschaftliches Engagement von / für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – Potenzialerschließung für die Integrationsarbeit unter Einbezug der Migrantenselbsthilfeorganisationen
- Interkulturelle Öffnung – Förderung der Öffnungsprozesse und der Inanspruchnahme von Diensten und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur
- Sozialraumorientierte Arbeit – Systematische und bedarfsorientierte Arbeit im Lebensumfeld von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Seitens der PraktikerInnen wurde deutlich gemacht, dass sich im Handlungsfeld „Sozialraumorientierte Integration“ die Arbeit der Fachdienste für Integration und Migration auf begrenzte Sozialräume unter Ausschöpfung der vorhandenen Ressourcen der einheimischen und zugewanderten Bevölkerung sowie der dort tätigen Einrichtungen bezieht. Ebenso wurde festgestellt, dass es keine einheitliche Sozialraumanalyse geben kann. Diese muss sich immer an den im Sozialraum gegebenen Merkmalen orientieren. Die sozialraumorientierte Integrationsarbeit ergänzt die Beratungsarbeit durch eine lebensweltbezogene Arbeit. Damit war die Frage nach der fallorientierten Arbeit bereits sehr stark tangiert worden. Es bleibt festzuhalten, dass auch im Sozialraum ein fallbezogenes Arbeiten unbedingt von Nöten ist. Lediglich über die Ausdifferenzierung, wer bearbeitet welchen Fall, wer ist AnsprechpartnerInnen und welche Institution kümmert sich im Ein-

zellfall um den Klienten oder die Klientin, bleibt zu prüfen. Auch bleibt die Frage offen, ob die allgemeinen Sozialdienste bereits soweit sind, auf die besonderen Fragestellungen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte einzugehen.

Trotz der eindeutigen Bejahung der Frage zur Einzelfallarbeit waren sich alle Beteiligten darüber einig, dass die Integrationsagenturen einen anderen Auftrag haben, als sich um Einzelfallarbeit zu kümmern. Ziel kann es nur sein, dass Problemstellungen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte von den entsprechenden Behörden geklärt werden müssen. Bis diese aber in ihrer praktischen Arbeit so weit sind, ist es unabdingbar, dass im Einzelfall auch die Fachkräfte für Integration und Migration sich der Bedürfnisse und Probleme der KlientInnen annehmen müssen. Aufgrund der in der Themengruppe vertretenen Positionen ist die Frage, ob sozialraumorientierte Integrationsarbeit fallorientiertes Handeln ersetzen kann, eindeutig zu verneinen.

Zum Schluss bedauerten die TeilnehmerInnen, dass für diesen großen Themenblock die zeitliche Vorgabe so begrenzt war.

5.5 Bedarfe vs. Anforderungen

Wer definiert den aktuellen Integrationsbedarf?

Leitung: Marie-Luise Tigges, DiCV Paderborn

5.5.1 Ausgangsthesen

Im Fokus dieses Spannungsfeldes steht die Frage, ob sich das Angebot an den *Bedürfnissen der Zugewanderten* oder an den *Anforderungen einer modernen Einwanderungsgesellschaft* orientieren sollte.

5.5.2 Zusammensetzung der Gruppe und Vorgehensweise

Die TeilnehmerInnenzahl war laut TeilnehmerInnenliste 25 Personen, darunter Studentinnen der KFH NW, Mitarbeiterinnen der AWO-Mettmann, MitarbeiterInnen von Fachdiensten für Integration und Migration der Caritas (Oberberg, Leverkusen, Mettmann, Köln, Witten, Wuppertal), Mitarbeiterin der Bez.-Reg. Köln, Integrationsbeauftragte der Gemeinde Herten und eine Studentin der EFH Bochum.

In der Einführung machte Frau Tigges auf die Entwicklungen in den letzten Jahren im Bereich Integration aufmerksam und stellte den Stellenwert der Integration im gesellschaftlichen Diskurs und in der politischen Debatte bei den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen dar. Je nachdem aus welchem Kontext heraus Integration definiert wird, leitet sich u. U. auch eine unterschiedliche Festschreibung des Integrationsbedarfs ab.

Anhand der vorgegebenen Leitfragen entwickelten sich ein reger Austausch und eine lebhaftige Diskussion.

5.5.3 Inhaltliche Diskussion

→ Begriffsdefinition:

- Bedarf ist das, was seitens der Migranten und Migrantinnen an zu befriedigenden Bedürfnissen Hinblick auf eine gelingende Integration angemeldet wird. Hierbei handelt es sich um eine subjektive Festlegung durch die Zugewanderten.
- Als Anforderung wird das verstanden, was eine Gesellschaft von den Migranten und Migrantinnen als Beitrag zur Integration verlangen darf.

→ Festlegung von Bedarfen:

- Eine Feststellung der Bedarfe kann nur durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten z.B. durch Befragung erfolgen.
- In der Gemeinde Herten ist hierzu eine Zusammenarbeit zwischen Freiwilligen von Migrantenselbstorganisationen (MSO) und der Integrationsbeauftragten geplant.
- Die Konzepte verändern sich, Namen von Programmen verändern sich; aber die Bedarfe bleiben unverändert.
- Die schulische Integration und die gesellschaftliche Integration sind der entscheidende Bedarf, es ist keine Bewegung feststellbar bei der Förderung von Schulkindern und bei der Förderung von qualifizierten Migranten (Umschulungen usw., Anerkennung von Abschlüssen usw.)
- Bedarfe korrespondieren mit der konkreten Situation, in der sich ein Ratsuchender eine Ratsuchende befindet. Sie korrespondieren auch mit dem jeweiligen Stand der Integration, den diese Person bereits erreicht hat.

→ Zusammenspiel:

- Das Zusammenspiel von Bedarfe und Anforderungen wird aber als sehr spannungsvoll wahrgenommen.
- Für eine Einigung auf Bedarfe und Anforderungen braucht es sehr viel Zeit (Jahre!!!) und einen langen Atem.
- Das Verhältnis Bedarfe und Anforderung ist von einem großen Ungleichgewicht geprägt. Die größere Last liegt bei den Migrantinnen und Migranten, an sie werden große Anforderungen gestellt.
- Die Erfüllung der Bedarfe geschieht im Abgleich mit den Anforderungen, die von der Aufnahmegesellschaft an die Migranten und Migrantinnen in verschiedenster Form (Gesetze, ausgesprochene und nicht ausgesprochene Erwartungen usw.) gestellt werden.
- Es ist Aufgabe der Fachdienste hier ein Balance zwischen (objektivem) Bedarf und (legitimen) Anforderungen herzustellen.

→ Rolle der unterschiedlichen Akteure im kommunalen Integrationsprozess:

- Die Anforderungen im Integrationsprozess an die Kommune sind bislang sehr schwach ausgeprägt. D. h. es stellen sich die Fragen: Was müssen die Kommunen als Beitrag zur Integration leisten? Welche Infrastruktur und Leistungen müssen sie bereitstellen?
- Kommunen haben noch nicht realisiert, dass ‚Runde Tische‘ und Protokolle und Papiere nicht ausreichen, es muss auch gehandelt werden. Die Umsetzung der Integrationskonzepte ist notwendig.
- Die Fachdienste für Integration und Migration haben einen enormen Vorsprung vor den Diensten der Kommunen. In den FiMs liegen bereits Konzepte zur Integrationsförderung vor und die eigene Haltung wird dahingehend von den MAs reflektiert.
- Die Kommunen agieren eher nach dem Prinzip ‚Wo gibt es Geld?‘ und ‚Was haben wir davon?‘

- Die Kontakte mit den ARGEn sind in der Regel schwierig.
- Das Personal in Ausländerbehörden ist oft ‚überaltert‘ und nicht bereit / fähig sich in Richtung einer interkulturellen Öffnung zu bewegen.
- Es gibt keine Übereinstimmung in den kommunalen Stellen zwischen den Anforderungen, dem Zeitaufwand und der vorhandenen Personalressource.
- Damit die Integration durchgängig ‚gesteuert‘ und gefördert werden kann, fehlt eine Abstimmung zwischen den Akteuren im Hinblick auf Bedarfe und Anforderungen. Diese Abstimmung müsste zum einen auf der ‚horizontalen‘ Ebene (d.h. dem Alter entsprechend vom Kindergarten bis zur Rente) und zum anderen auf der ‚vertikalen‘ Ebene (d.h. dem jeweils erreichten Stand der Integration entsprechend) erfolgen.

→ Offene Fragen

- Was verwerten staatliche Stellen mit hoher Verantwortung im Bereich Integration, wie z.B. das BAMF, die Informationen, die sie von den Wohlfahrtsverbänden erhalten?
- Wissen die Migranten und Migrantinnen, dass die Caritas ‚Integration‘ als gegenseitigen Prozess definiert und wie sie die Bedarfe festlegt?

5.5.4 Fazit

Neben allen Schwierigkeiten ist es lohnenswert, sich mit den eigenen Zielen auseinander zu setzen, beharrlich an der Benennung und Befriedigung von Bedarfen zu arbeiten, Abstimmungen herbeizuführen sowie den Weg der kleinen – aber sinnvollen – Schritte zu verfolgen.

6 Podiumsdiskussion

,Migration, Integration, Partizipation ... oder was?!'

Protokoll auf Grundlage einer Tonbandaufzeichnung

Moderation: Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker

Podium: Dr. Marion Gierden-Jülich,
Staatssekretärin des Ministeriums
für Generationen, Familie, Frauen
und Integration NRW

Dr. Frank Joh. Hensel, Diözesan-
Caritasdirektor für das Erzbistum
Köln

Andreas Johnsen, Vorsitzender des
Arbeitsausschusses ,Migration' der
LAG Freie Wohlfahrtspflege NRW



v. l.: Andreas Johnsen (AWO Mittelrhein),
Dr. Marion Gierden-Jülich (MGFFI),
Dr. Frank Joh. Hensel (DiCV Köln),
Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker (KFH)

Genenger-Stricker:

Wir wollen den Blick nach vorne werfen. Politik war lange Jahre nur Migrationspolitik. Wir haben gerade angefangen die Integrationspolitik zu gestalten. Wir sind noch auf dem Weg und haben noch ein großes Stück vor uns. Wir wollen diskutieren: Wo stehen wir heute? Wo geht es hin? Welche Richtung ist einzuschlagen?

Frau Gierden-Jülich, das Land NRW setzt im Rahmen der Integrationspolitik auf Integrationsagenturen. Welchen Beitrag leisten diese Agenturen zur Unterstützung des politisch gewollten Perspektiv- und Paradigmenwechsels?

Gierden-Jülich:

Die Integrationsagenturen sind die Weiterentwicklung einer Struktur, die es bereits gab und die überwiegend auf soziale Betreuung von zugewanderten Menschen gesetzt hat. Und sie sind, wenn Sie so wollen, auch ein Stück weit Ausdruck eines Paradigmenwechsels: weg von einer sozialen Betreuung, hin zu der Gestaltung eines Integrationsprozesses. Die Integrationsagenturen sollen sich – nach unserem Verständnis und auch nach dem Verständnis unserer Partner, also den Wohlfahrtsverbänden, mit denen wir diesen Weg ja gemeinsam gegangen sind – gerade dadurch auszeichnen, dass sie zugewanderte Menschen nicht als Objekte sozialer Betreuung verstehen, sondern den Integrationsprozess mit Ihnen gemeinsam gestalten. Dazu müssen wir andere Partner heranziehen, bürgerschaftliches Engagement aktivieren, sowohl von den Zugewanderten, als auch von Menschen, die diesen Prozess unterstützen, um die Integrationsprozesse so im Grunde zu begleiten, aber auch ein Stück weit zu optimieren. Also nicht mehr als Sondereinrichtungen, als Enklaven agieren, sondern als Teil eines sozialen Umfeldes. Damit so Integration besser gelingen kann.

Genenger-Stricker:

Sie sprechen hier die gesellschaftliche Dimension des Integrationsprozesses an. Trotzdem gibt es noch viele Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte, bei denen noch ein Bedarf besteht, ganz individuelle Probleme zu bearbeiten. Inwieweit ist das bei den Aufgaben der Integrationsagenturen berücksichtigt?

Gierden-Jülich:

Zum Teil ist es sicherlich berücksichtigt, aber auch Integrationsagenturen können nicht alles leisten. Sie stehen auch nicht für alle Probleme von Integration. Es gibt Felder, in denen wir andere Kooperationspartner brauchen, z.B. bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Wo wir auch andere Förderinstrumentarien brauchen, z.B. im Erwerb von Sprachkompetenzen. Wo wir auch auf andere Institutionen setzen müssen. Das heißt aber nicht, dass das alles beziehungslos nebeneinander herläuft, sondern es bleibt verknüpft.

Genenger-Stricker:

Damit stellt sich die wichtige Frage, auf die wir jetzt aber nicht näher eingehen können: Wer fördert die anderen Bereiche?

Herr Johnsen, es gilt, die deutsche Einwanderungsgesellschaft zu gestalten. Welchen Part haben dabei die Verbände der freien Wohlfahrtspflege? Können sie, wollen sie mehr sein als ein Dienstleistungsanbieter?

Johnsen:

Sicherlich sind wir Dienstleistungsanbieter. Nur muss ich den Fokus ein bisschen ausdehnen. Wir haben gerade die Integrationsagenturen angesprochen. Das ist ja nur ein Teil des Arbeitsfeldes, das die freie Wohlfahrtspflege abdeckt. Sie sehen, es gibt einerseits diese Angebote für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Rahmen der Integrationsagenturen. Andererseits sind wir auch mehr und mehr im Bereich der interkulturellen Öffnung tätig. Das heißt also zur Unterstützung von Einrichtungen, Institutionen. Im Übrigen gilt das auch für uns als Verbände, auch wir haben die Aufgabe uns selber interkulturell zu öffnen. Und der dritte Bereich, der angesprochen werden muss, ist der Bereich der Flüchtlinge, die auch als Zielgruppe für die freie Wohlfahrtspflege von Bedeutung sind. Damit während des Aufenthaltes hier in Deutschland eine entsprechende Beratung und Begleitung gewährleistet ist. Das geschieht einmal im Rahmen der bundesgeförderten Programme, also im Bereich der Integrationskurse, im Bereich der Erstberatung. Hier spielt Case-Management eine Rolle, mit überprüfbaren Zielen und funktionierenden Netzwerken. Der zweite Aspekt sind hier die schon angesprochenen landesgeförderten Programme, und damit eine strukturfördernde Ausrichtung von Integrationsangeboten, wo es vor allem gilt den Prozess ,Integration geschieht vor Ort' zu aktivieren, zusammen zu führen und zu gestalten. Dabei gibt es drei Schwerpunkte im Rahmen der Integrationsagenturen, erstens das bürgerschaftliche Engagement von und für Menschen mit Zuwanderungshintergrund – also durch und für, darauf lege ich Wert, das beide genannt werden. Zweitens die bereits angesprochene interkulturelle Öffnung. Und drittens die Sozialraumorientierung.

Und darüber hinaus, und da kommen wir zur zweiten Frage, die Sie gestellt haben, sind wir selbst Anbieter; Anbieter der unterschiedlichsten Dienste, von Kindertageseinrichtungen, über die allgemeine Jugendhilfe, die Familienbildung, zu den Familienzentren und so weiter. Überall dort ist ja der Aspekt der Integration im Rahmen von Querschnittsaufgaben zu bearbeiten. Denken Sie beispielsweise an die Sprachstandsförderung, die ja gerade aktuell ist und die uns vor allen Dingen als Träger der Kindertageseinrichtungen getroffen hat. Heute Morgen wurde als ein gutes Beispiel das ProMigra-Projekt präsentiert. Die Veränderung der Rahmenbedingungen seit dem 1. Januar 2007, die Entwicklung zu Integrationsagenturen, das sind Prozesse, die schon vor Jahrzehnten begonnen haben. Die Freie Wohlfahrtspflege in der gesamten Breite hat diese Prozesse schon längst gestaltet – und ich will jetzt nicht die Frage nach dem Huhn und dem Ei stellen – gemeinsam mit dem Ministerium haben wir in dem Prozess dafür Sorge getragen, dass eine Umsteuerung stattgefunden hat. Und da hat die Freie Wohlfahrtspflege mit Sicherheit erheblichen Anteil, dass dieser Prozess so stattgefunden hat. Und wir sind auch zukünftig an der Weiterentwicklung beteiligt. Derzeit wird die Implementierung der Integrationsagentur durch einen sogenannten Wirkungsdialog begleitet. Ein Wirkungsdialog, der von Seiten des Ministeriums implementiert worden ist, an dem die Freie Wohlfahrtspflege auf gleicher Augenhöhe teilnimmt. Das heißt, wir bringen dort unser Know-how ein, und es wird von dem

Ministerium angemessen berücksichtigt. Und noch ein letzter Aspekt: Wir, die Freie Wohlfahrtspflege, sind der einzige Akteur auf allen Ebenen. Aus diesem Know-how heraus äußern wir uns zu aktuellen Themen und formulieren auch politische Forderungen. Ich denke da beispielsweise an die Forderung zum Wahlrecht ab 16.

Genenger-Stricker:

Sie beantworten alles auf einmal, den ganzen Katalog von Fragen. Bei mir kommt jetzt an, dass Sie rundum zufrieden sind. So wie Sie die Situation darstellen, sind keine Forderungen mehr offen, oder?

Johnsen:

Doch sicherlich. Ich habe bewusst erst mal die Zusammenarbeit angesprochen. Es gibt immer noch Dinge, die weiterentwickelt werden können. Und eines der Themen haben Sie gerade schon angesprochen. Wir stellen fest, dass in den Integrationsagenturen der Wunsch nach Beratung immer noch eine Rolle spielt. Und da sehe ich beispielsweise noch Klärungsbedarf, wie dieser Wunsch, der immer wieder von Menschen die länger als drei Jahre in Deutschland sind geäußert wird, mit einer entsprechenden Finanzierung hinreichend befriedigt werden kann. Das ist ein Thema, das weiter bearbeitet werden muss. Aber ich hoffe, dass im Rahmen des Wirkungsdialoges auch Ergebnisse gezeitigt werden.

Genenger-Stricker:

Danke erstmal Herr Johnsen.

Herr Dr. Hensel, Herr Johnsen sagte gerade, die Wohlfahrtsverbände waren führend in der Weiterentwicklung der Migrationssozialarbeit, v. a. der Caritasverband war führend. Sie waren sehr vorausschauend – hellseherisch vielleicht. Wir haben es heute Morgen schon gesagt, die Caritas hat einen antizipierenden Beitrag zur Gestaltung des gesellschaftlichen Integrationsprozesses eingebracht. Sie haben heute Morgen von den Anfängen berichtet. Ich frage Sie jetzt, haben sich ihre Erwartungen erfüllt, die Sie vor drei Jahren mit der Implementierung verfolgten?

Hensel:

Ich bin persönlich vor zweieinhalb Jahren auf einen fahrenden Zug aufgesprungen. Und das sehr, sehr gern, weil die Idee von ProMigra hervorragend ist. Diese Idee ist nicht vom Himmel gefallen, sondern die Handlungsfelder sind sozusagen eine ‚höhere Eingebung‘ von der Basis gewesen. Wir haben nämlich zuerst die Basis gefragt und danach die Handlungsfelder von ProMigra definiert. Wir haben Menschen gefragt, die von ihrer Profession her das Defizit üblicherweise gut erkennen können. Und mit diesen Menschen jetzt einen Weg zu gehen, der fragt: wo ist die Ressource, wo ist das, was die gesamte Gesellschaft voranbringt; der nach der persönlichen Beziehung fragt, die die Polarität ‚ich Helfer, du Geholfener‘ überwindet - das ist schon ein wuchtiger Prozess. Ich habe den Eindruck, nachdem was die Evaluation zeigt, ist das besser gelungen, als man hätte hoffen dürfen. Und ich sage Ihnen auch warum: Wenn mit diesem neuen Konzept ProMigra 80% aller Mitarbeiterinnen, aller Mitarbeiter sagen, dass sie das Profil ihrer eigenen Agentur jetzt deutlich stärker wahrnehmen können und es auch in der Kommune besser wahrgenommen sehen, dann ist das ein ganz herausragendes Ergebnis. Wir sind üblicherweise keine selbstzufriedenen Menschen, die alles gut finden, was sie tun; wir nörgeln eigentlich eher gerne auch mal an unserer Arbeit herum. Wenn aber 80% sagen, das ist eine richtig gute Entwicklung, die wir in den drei Jahren genommen haben, bestärkt mich das in dieser positiven Einschätzung.

Die nächste Bestärkung in der Einschätzung, dass ProMigra ein guter Weg war und dass wir auch jetzt schon an einem guten Punkt sind, das sind die Ergebnisse der Befragung des Leitungspersonals. Die Leitungsebene hat das ganze Thema Integration deutlich besser ‚auf dem Schirm‘, um das salopp zu formulieren. Das haben Sie heute Morgen gesehen, die Führungskräfte sind mit der Thematik wesentlich stärker durchdrungen, als das noch vor drei Jahren der Fall war. Und jetzt kommt der Hauptgrund, warum ich absolut

ermutigt bin: Man hat auch die Nutzerinnen und Nutzer befragt, und die waren in allen Punkten zufriedener; abgesehen von einem kleinen Knick kurz nach der Einführung. Ich würde das als Verunsicherung deuten. Das ist immer so, wenn sie was Neues einführen. Zunächst haben sie erst mal Unruhe im System. Und dann hat man gesehen, dass wir schon ein halbes Jahr später in ganz vielen der beurteilten Kategorien deutlich bessere Ergebnisse haben. Sogar der Integrationsfortschritt der Nutzerinnen und Nutzer wurde von ihnen selbst besser beurteilt, als das noch vor zwei Jahren der Fall war. Wenn das so ist, dann können wir uns eben nicht nur an unseren Gefühlen und an unseren Wahrnehmungen, sondern auch an der Zufriedenheit der Nutzerinnen und Nutzern messen lassen. Und das ermutigt mich zu sagen: „ProMigra ist richtig“.

ProMigra ist so richtig, dass es sein Licht auch schon ein bisschen voraus geworfen hat. Jedenfalls ist es so, dass sowohl die Wohlfahrtspflege als auch die Politik jetzt die gleiche Richtung eingeschlagen haben, die wir in der Caritas gegangen sind: Also weg von der reinen Individual- und Spezialbetreuung hin zur Orientierung an einem gesellschaftlichen Engagement, einer Integration im Sozialraum. Das ist eine neue Richtung. Und das mit den Menschen, die das vorher ganz anders gemacht haben. Dies ist eine ganz spannende und jetzt auch gelungene Entwicklung.



Genenger-Stricker:

Vielen Dank! Wir wollen uns die Ergebnisse noch einmal kurz anschauen, die wir heute Morgen vorgestellt haben. (vgl. Seite 22) Und da zeigt sich, dass viele Felder von den Finanzgebern gut bedient werden. Aber es gehen auch einige Bereiche leer aus, wenn es um die Finanzierung geht. Ich nenne drei Beispiele: den Dialog der Kulturen und Religionen, den Bereich Qualifizierung und Beschäftigung von Zugewanderten und die Antidiskriminierungsarbeit. Das sind Felder, die

vom Caritasverband als sehr wichtig erachtet werden, wenn der Integrationsprozess gelingen soll. Aber hierfür fehlen öffentliche Gelder. Es gibt sicherlich Diözesanverbände der Caritas, die diese Bereiche über Eigenmittel finanzieren können. Aber es gibt auch andere Diözesanverbände, die nicht mehr so viele Finanzmittelressourcen haben, und sich die Frage stellen: Wie können diese Felder auch langfristig abgesichert werden?

Oder sagen Sie, Frau Gierden-Jülich, diese Bereiche sind nicht so wichtig?

Gierden-Jülich:

Nein, das würde ich in keinem Fall sagen. Aber es ist auch nicht so, dass ein Instrument und ein Partner alles richten müssen. Es gibt auch noch andere Partner, die mit ihren Finanzmitteln Handlungsfelder abdecken können.

Ich will mit dem Arbeitsmarkt anfangen. Es ist uns ein ganz besonderes Anliegen, wenn wir schon sagen ‚Integration geschieht durch Bildung‘, ‚Integration setzt Bildung voraus‘, dass dort wo die entsprechenden Qualifikationen vorhanden sind, die Übergänge in das Arbeitsleben gelingen müssen. Da setzen wir als Ministerium, bezogen auf die Zielgruppe, die wir zu vertreten haben – also erst mal junge Menschen im Rahmen der Jugendhilfe und junge Frauen, aber auch Existenzgründerinnen mit Zuwanderungshintergrund – zurzeit eigene Akzente. Das sind Gruppen, die wir fördern.

Darüber hinaus legt das Ministerium Laumann (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, NRW) auch einen sehr starken Akzent auf die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt. Da sind dann, ich sag es mal salopp formuliert, andere Fördertöpfe, die genutzt werden müssen. Und das ist auch richtig so. Denn Integrationspolitik ist eine Politik, die sich querschnittlich über alle Politikfelder legen soll. Und

von daher von unterschiedlichen Akteuren betrieben werden muss, damit sie langfristig erfolgreich ist.

Ich komme ursprünglich aus der Gleichstellungspolitik. Und ich stelle fest, dass wir jetzt im Prinzip bei der Integrationspolitik in einem Zustand sind, der vergleichbar ist mit dem der Gleichstellungspolitik Anfang der 80er Jahre, als wir merkten: Wir müssen aus der Nische raus; das Thema muss breit verankert werden; es müssen sich viele Verantwortungsträger diesem Thema stellen, damit es gewinnen kann.

Das gilt natürlich auch für diese Handlungsfelder. Die Antidiskriminierungsarbeit ist ein wesentlicher Effekt der Arbeit der Integrationsagenturen, auch wenn sie nicht so explizit benannt wird. Das gleiche gilt für den Dialog. Der Dialog findet an vielen Stellen statt. Er findet zunehmend offen statt, was – wie wir hier in Köln sehen – durchaus auch Konflikte mit sich bringt und Kontroversen zur Folge hat. Aber es ist richtig, dass diese Kontroversen ausgetragen und dass sie diskutiert werden. Denn das macht die Qualität der Debatte aus. Da, wo sie verdrängt werden, verschwinden sie in Hinterzimmern und dort erzeugen sie Effekte, die wir alle nicht wünschen. Wir selber organisieren diesen Dialog im Rahmen unseres Integrationsplanes und versuchen mit den Zugewanderten zu Lösungen zu kommen, wie wir z.B. einen Religionsunterricht, einen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache und unter deutscher Schulaufsicht gewährleisten können. Dies ist ein wesentliches Ziel unseres Dialogs, den wir auf der Landesebene führen.

Genenger-Stricker:

Sie haben uns ein Modell mit zwei Ebenen vorgestellt. Einmal die Integrationsagenturen als ein spezielles Angebot und daneben Querschnittsangebote, die auch von anderen Ministerien, von anderen Einrichtungen getragen werden.

Gierden-Jülich:

Also für mich sind das Säulen, es sind nicht nur einzelne Angebote. Es gibt unterschiedliche Säulen, die nebeneinander stehen. Die Integrationsagenturen sind für mich nicht nur Programme oder Angebote, sondern sie sind schon ein Teil eines weitergehenden Konzeptes.

Genenger-Stricker:

Ich möchte Sie fragen, Herr Johnsen: Reicht das aus, was gerade beschrieben wurde? Das ist ja immer die große Frage, wenn etwas als Querschnittsthema in ganz verschiedenen Feldern bearbeitet werden soll. Wie wird dieser Querschnittsanspruch gewährleistet und wird er so umgesetzt, dass er auch integrationsfördernd ist?

Johnsen:

Sie haben einen Bereich noch nicht angesprochen. Und das ist ja der Bereich der Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus.

Genenger-Stricker:

Da wäre ich noch zu gekommen, aber bitte schön!

Johnsen:

Diesen Bereich würde ich gerne als Beispiel nehmen. Ich sehe da durchaus noch Entwicklungsmöglichkeiten.

Ich glaube, dass wir hier im Moment nur eine sehr verkürzte Diskussion führen. Wir erleben eine Diskussion ausschließlich zum Thema des Bleiberechtes, das nehmen wir in der Öffentlichkeit wahr. Wir erleben bestenfalls noch eine Diskussion, wenn Einrichtungen an die Öffentlichkeit gehen, die Kinder von Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus aufnehmen und sich unter Umständen damit strafbar machen, aber dennoch Position beziehen. Und dafür stehen auch wir, die Verbände der freien Wohlfahrtspflege.

Wir haben auch Handlungsbedarfe in anderen Bereichen, wo beispielsweise Menschen durch professionelle Schleuser in dieses Land gekommen sind, die von der so genannten „Illegalität“ – ich weiß, dass niemand illegal ist, es „geht nur um den Status dieser Menschen – in die Legalität gefördert werden müssen. Das fällt bei uns in der Regel unter den

ordnungsrechtlichen Aspekt, d. h. es ist nicht das Integrationsministerium gefragt, sondern im Wesentlichen das Innenministerium. Hier wäre dringend eine Kooperation zwischen den Ministerien von Nöten. Es sind letztlich Menschen, die durchaus ähnliche Probleme haben, wie Menschen, die aus anderen Gründen in dieses Land gekommen sind. Und da wird hoffentlich das 20-Punkte-Programm, das wir in NRW haben, da wird hoffentlich der nationale Integrationsplan, der jetzt in Kürze mit viel Papier präsentiert werden wird, weiterhelfen, aber da fehlt mir noch ein ganzheitlicher Ansatz, der im Übrigen auch die anderen Arbeitsfelder umfasst, die hier von Frau Gierden-Jülich angesprochen wurden.

Genenger-Stricker:

Danke. Es ist deutlich geworden, dass die bisherigen Aktivitäten nicht ausreichen.

Und da würde ich Sie gerne fragen Herr Dr. Hensel. Letztendlich geht es ja darum, mehr soziale Gerechtigkeit für alle Bürger unserer Gesellschaft zu erreichen und das ist ja genau das, was der Caritasverband auf seine Fahnen geschrieben hat. Nun meine konkrete Frage: Welche politischen Forderungen erhebt der Verband gerade auch in Hinblick auf soziale Gerechtigkeit und die Förderung von Teilhabechancen von Zugewanderten? Ich verweise hier auch auf die Themen, die gerade genannt worden sind: Bildung, Erwerbsarbeit, Wahlrecht und auf die Situation von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus, auf die Sie heute Morgen schon aufmerksam gemacht haben. Welchen Beitrag kann Caritas als wichtiger gesellschaftlicher Akteur leisten?

Hensel:

Sie haben zwei Fragen gestellt, die eine betrifft unseren Beitrag und die andere unsere Forderungen. Das hat miteinander zu tun: Bei dem, was man fordert, muss man sich auch selber in die Pflicht nehmen.

Wir sind eine Stimme „pro Einwanderungsgesellschaft“ und das schon seit vielen Jahren. Und als Kirche, zudem als katholische, eine besonders prominente. Seit Jahren thematisieren wir das Problem ‚Illegalität in Deutschland‘ bis hin zur deutschen Bischofskonferenz. Ein Thema, das auf offener Bühne lange nicht zu besprechen war. Die Caritas hat das nun erstmals auch im Ministerium vorgebracht. Ich weiß, dass es dort Bestrebungen gibt, zumindest die Helfer aus ihrer ‚Illegalisierungsfalle‘ zu befreien. Die Caritas wird diese Bemühungen kritisch verfolgen und gegebenenfalls in den Forderungen nachlegen. Das ist nichts für die große Bühne; das ist nichts zum Sehr-laut-Werden. Aber wir spüren die Folgen in unseren Diensten.

Nehmen wir beispielsweise Bonn. Da ist eine ganze Stadt, da sind sämtliche sozialen Dienste der Stadt verschreckt worden. Es wurden Listen eingefordert, um Verantwortliche, die Namen bewusst übersehen haben, dafür haftbar zu machen. Das ist etwas, das Land auf Land ab geschieht. Das ist bis zum bayrischen Innenminister vollkommen bekannt. Seine Frau, die Lehrerin ist, kennt das auch. Caritas und Kirche sind dabei, wenigstens die ‚Entillegalisierung‘ der Helfer von Illegalen voran zu treiben. Und ich weiß, dass wir nicht alleine sind, sondern Mitstreiter haben. Der Caritasverband unterstützt diese Menschen, die auch in unsere Einrichtungen kommen. Sie kommen in unsere Kirchen.

Ein anderes Thema ist das Bleiberecht für Geduldete. Frau Gierden-Jülich, ich weiß, dass Sie da gerne mehr gehabt hätten als das, was beim Bundeskompromiss heraus gekommen ist. Ich kann nur sagen, dieser Kompromiss ist weit unter dem, was wünschenswert gewesen wäre. Und wenn der Plan bis Ende 2009 nicht aufgeht, und viele lang hier lebende Menschen gehen müssen, werden wir uns politisch wieder treffen; und zwar auch schon im Vorfeld. Denn dann werden die Nachbarschaften aufstehen. Auch das verstehen wir in der Caritas unter sozialräumlicher Arbeit, die wir dann auch sehr ernst nehmen. Denn wenn wir Pech haben, werden wir nach diesem Kompromiss die Jugendlichen, die bei uns sozialisiert sind und erfolgreiche Schulabschlüsse nachweisen können, Ende 2009 alle weg schicken müssen. Und das tragen wir nicht mit. Ich weiß auch, dass Sie (an Frau Gierden-Jülich gerichtet) etwas anderes wollten. Ich würde mich freuen, wenn es gelingt, das Thema noch mal anzugreifen.

Unsere Arbeit ist gut und unser Konzept ist gut und wir rufen keinesfalls nur nach finanziellen Mitteln. Aber es gibt tatsächlich mehr Sozialräume, die eine Integrationsagentur gebrauchen könnten, als die Caritas derzeit bedienen kann. Hierzu fehlen uns nicht die Konzepte, nicht die Leute, sondern in der Tat das Geld. Es ist deshalb klar, dass wir – wie viele andere auch – auf die aktuellen Steuermehreinnahmen reflektieren und ehemalige Kürzungen wieder aufgehoben sehen möchten, damit unsere Arbeit abgesichert ist. Wir wollen Geld, nicht weil alle Geld wollen, sondern weil wir genau wissen, wer es wie braucht.

Ein weiteres wichtiges Thema betrifft die Teilhabe an Bildungschancen. Wir haben uns den jüngsten Landessozialbericht noch mal vor Augen geführt. Dort wird deutlich, um uns von Zahlen frei zu halten: den Menschen mit Migrationshintergrund geht es im Durchschnitt doppelt so schlecht wie den anderen. Also, haben von uns x Prozent keine Schulabschlüsse, dann haben in der Gruppe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gleich doppelt so viele keinen. Bestimmte ‚Subgruppen‘, zum Beispiel Türken, schneiden noch deutlich schlechter ab. Wir wissen, dass man immer noch differenzierter hinschauen kann, aber wir können davon ausgehen: von dem Ziel gleiche Bildungschancen für alle haben wir uns weiter entfernt. Es ist so, dass die jetzige Generation eher schlechtere Bildungsabschlüsse hat als die Generation davor. Also ist uns da etwas nicht gelungen im Bereich der Bildungsangebote. Und darüber sollten wir uns auch noch mal politisch verständigen. Wir haben jetzt für Kindergärten und Familienzentren besondere Brennpunktcharakteristika und Ansatzpunkte gefunden. Nur hören die Aufgaben danach nicht auf. In den offenen Ganztagschulen haben wir für eine spezielle Arbeit mit Menschen mit Zuwanderungsgeschichte überhaupt keine Möglichkeiten mehr über das Regelangebot hinaus zu gehen, obwohl es da einen speziellen Bedarf gibt. Da sehen wir in der Caritas einen Bruch.

Noch ein Wort zu den Sprachtests: Die Sprachtests sind mir im ersten Aufgalopp noch ein bisschen zu holprig gewesen - das müssen Sie mir erlauben zu sagen. Das war schon spannend, die verschiedenen Settings zu beobachten. Einige durften vorher üben, andere nicht. Es kamen dann auch hoch interessante Ergebnisse heraus: Kindertagesstätten, an denen keiner bestanden hat, bis zu Kindertagesstätten, wo jeder bestand. So habe ich es jedenfalls der Presse entnommen. Das wird vielleicht ein bisschen überspitzt sein, aber das muss beim nächsten Mal sicherlich besser werden.

Genenger-Stricker:

Wir sehen: ProMigra hat auch Einfluss auf die Leitungen der Spitzenverbände. Es findet auf jeden Fall eine sehr gründliche und differenzierte Auseinandersetzung statt.

Allerdings möchte ich noch etwas zu dem Punkt Bildungschancen anmerken. Es ist nicht so, dass zugewanderte Kinder und Jugendliche an sich schlechtere Chancen haben, weil sie zugewandert sind. Sondern weil ihre gesamte soziale Situation eine benachteiligte Situation ist. Und benachteiligte deutsche Jugendliche haben ähnlich schlechte Chancen. Das heißt nicht die türkische community, sondern die, die in sozial benachteiligten Milieus leben, haben schlechte Bildungschancen. Und in diesen benachteiligten Milieus leben überproportional mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

An dieser Stelle möchte ich gerne die Möglichkeit zu Nachfragen aus dem Publikum geben. Vielleicht haben Sie Fragen aus den Themengruppen mitgebracht oder es haben sich Fragen aus diesen ersten beiden Runden im Podium ergeben.

Elke Nellessen (Bezirksregierung Köln, Integrationsbeauftragte der Bezirksregierung):

Herr Johnsen, ich hörte vorhin: Das mit diesen Integrationsagenturen, das ist alles prima, alles schön, aber ich sehe noch einen großen Beratungsbedarf. Haben Sie eine Vorstellung, wie dieser Beratungsbedarf zukünftig gedeckt werden kann?

Johnsen:

Ich war gerade in einer Themengruppe, in der die Praktiker genau dieses Problemfeld noch mal vorgestellt haben. Hier ist in der Tat gesagt worden ist, dass Menschen mit konkreten Beratungswünschen in die Integrationsagenturen kommen aber letztendlich die Beratung dort nicht erhalten können. Es ist bestenfalls eine „Lotsenfunktion“, die dort wahrgenommen wird. Es wird versucht, in allgemeine Dienste zu vermitteln. Dahinter steht die Idee: „Wenn die denn mal interkulturell geöffnet sind, dann findet dort letztendlich die Beratung statt.“ Aber soweit, glaube ich, sind wir heute überhaupt noch nicht. Wir haben damit gerade erst angefangen. Daher ist die Frage meines Erachtens sehr berechtigt. Andererseits wird heute – für mich ein bisschen künstlich – ein Cut gemacht, was die Zuständigkeiten zwischen Bund und dem Land angeht, zwischen Menschen, die länger als drei Jahre hier sind und denen die maximal drei Jahre hier sind. Letztendlich müssen wir doch fragen: Wenn ein Mensch vielleicht zehn Jahre hier lebt, und keine ausreichenden Deutschkenntnisse erworben hat, ist er doch aus meiner persönlichen Sicht auf dem Stand von jemandem, der erst in den letzten drei Jahren zugewandert ist, zumindest was die Sprache angeht. Für mich ist hier eine Gleichstellung notwendig. Diese Beratung muss meines Erachtens von den migrationserstberatenden Diensten mit abgedeckt werden. Das gehört zu ihren Aufgaben. Im Übrigen, was den anderen Bereich angeht, sage ich Ihnen ganz offen: „Die Integrationsagenturen müssen erst mal zeigen, was sie in Hinblick auf die interkulturelle Öffnung leisten können. Dies betrifft auch die Geschwindigkeit.“ Ich gehe ich davon aus, dass dieser Beratungsbedarf auf Zukunft hin ein Stück abnehmen wird. Wenn das eine greift, dass also die nachholende Integration im Sinne einer Erstintegration stattfindet, und sich zum anderen die Regeldienste ein Stück interkulturell öffnen, gehe ich davon aus, dass sich in der Perspektive, die allerdings durchaus noch eine gewisse Zeit benötigt, diese Frage relativieren wird.

Kai Diekelmann (DiCV, Köln)

Ich habe schlicht die Frage: warum sind die Erziehungs- und Familienberatungsstellen bislang die einzigen, die ihre Landesmittel mit der Auflage bekommen, dass sie sich interkulturell öffnen. Gäbe es diesen Druck über den Geldgeber auch in anderen Förderprogrammen, dann glaube ich, dass die Chance sehr viel größer wäre, auch in anderen Bereichen etwas beweglicher zu werden. Im Bereich der Erziehungs- und Familienberatung ist das der Fall, da ist es zumindest in Ansätze bereits gelungen. Es gibt gute Kontakte zu den Integrationsagenturen, da kommen wir einen Schritt voran. Ich wünsche mir, dass dieses Instrument der Auflage auch in anderen Bereichen anwendbar wäre.

Gierden-Jülich:

Ich finde eigentlich, dass es, bei einem, aus meiner Sicht, guten Verständnis von Integrationsarbeit nicht sein muss, dass ich Druck auf Einrichtungen, auf Dienste, auf Angebote ausübe, damit sie sich interkulturell öffnen. Wir haben dies mit der Familienberatung gemacht. Es war aber kein Prozess, wo das Land Druck ausgeübt hat, sondern es war ein Prozess, wo wir uns gemeinsam überlegt haben, wie können wir die Angebote besser auf die Zielgruppen zu schneiden, die ihrer in besonderer Weise bedürfen. Sie kennen das, der Familienberatung wird seit Jahren vorgeworfen mittelschichtorientiert zu sein. Und wir haben gesagt, die Angebote müssen da ankommen, wo sie auch gebraucht werden. Heute gibt es andere Instrumente, Angebote, die wir als Land, neu entwickeln. Stichwort: Familienzentren. Hier gibt es auch von uns den Anspruch, in den Sozialräumen, in denen eine



v. l.: Dr. Marion Gierden-Jülich (MGFFI),
Dr. Frank Joh. Hensel (DiCV Köln),
Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker (KFH)

große Population mit Zuwanderungshintergrund lebt, mit den Diensten und Angeboten zu kooperieren, die den Integrationsprozess voran treiben und fördern. Das sind dann im Einzelfall RAAs, die regionalen Arbeitsstellen für Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund. Wir haben erhebliche Erfolge, dort, wo die jungen Familienzentren Mütter direkt angesprochen haben. Diese Zentren können sich im Grunde nicht mehr retten vor der Bereitschaft der Mütter, den Weg ihrer Kinder zu unterstützen.

Jetzt lassen Sie mich aber noch mal was zu dem Stichwort „Wirkungen“ sagen. Wenn eine Gesellschaft lange so getan hat, als passiere Integration über Erwerbsarbeit oder von selbst, so kann man natürlich nicht erwarten, dass die jetzt neu entwickelten Wege und Konzepte übermorgen auch schon alle wunderbar greifen und dass alle Jugendlichen jetzt plötzlich einen Hauptschulabschluss machen. Was wir erreichen wollen ist eine langfristige Verbesserung der Lebens- und Bildungschancen dieser jungen Menschen und deshalb machen wir diese Sprachstandserhebungen, übrigens nicht nur für Kinder mit Zuwanderungshintergrund, sondern für alle Kinder. Wir fangen mit der Förderung früher an, damit sich in den Schulen nicht mehr dieser Handlungsdruck aufbaut. D.h. die Kinder können im Prinzip einsteigen, wie andere Kinder auch und gemeinsam die Schule durchlaufen. Gleichzeitig versuchen wir durch andere Maßnahmen die Eltern dieser Kinder ‚mitzunehmen‘. Das ist uns sehr wichtig. Den Kindern können wir letztendlich nicht helfen, wenn wir nicht ihren familiären Hintergrund mit bedenken. Das ist alles dann nicht mehr spektakulär, sondern es wird ein schleichender Prozess sein, der hoffentlich irgendwann erfolgreich läuft. Dann zu den kleinen Steinchen, die da noch bei den ersten Sprachstandserhebungen auf unserem Weg lagen. Wir mussten starten. Wir konnten nicht sagen: „Jetzt probier ich erstmal das aus und dann teste ich noch mal das und dann muss ich aber ganz sicher sein, dass das auch funktioniert.“ Dann wären wir jetzt noch 10 Jahre damit beschäftigt, viele Wissenschaftler damit zu beauftragen. Aber wir wussten ja, was wir brauchen. Wir wussten auch, was wir wollen. Wir wollen im Grunde genommen allen Kindern gute Bildungschancen geben und deshalb haben wir es riskiert und haben eben auch das anfängliche Knirschen in Kauf genommen.

Genenger-Stricker:

Gut, wenn dann auch die richtigen Konsequenzen daraus gezogen werden. Wir sind da hoffnungsvoll. – Gibt es noch weitere Fragen?

Margret Biela, Caritasverband im Oberbergischen Kreis, FiM

Auf kommunaler Ebene gibt es ja die Integrationsbeauftragten, die sind auf der Homepage des MGFFI auch wunderbar mit diesem Titel und mit ihren Namen zu finden. Zum Teil wissen die ‚Herrschaften‘ aber selber nichts von ihrer neuen Aufgabe. Mein Wunsch wäre es, dass es für Integrationsbeauftragte einen gewissen Standard gäbe, und wenn es nur ein minimaler wäre. Aber wir brauchen einen Standard. Ich stelle fest, dass es da vom Dezernenten über den ehemaligen Flüchtlingsberater bis hin zum Integrationsbeauftragten, der per Handauflegung benannt wird, alles gibt. Das Integrationsverständnis ist sehr, sehr unterschiedlich und hat mit dem, was in unserem Qualitätshandbuch hinterlegt ist, oft ganz wenig zu tun. Ich würde mir wünschen, dass es, bevor ein Integrationsbeauftragter sich so nennen kann, oder so genannt wird, irgendeine Form von gleichem Standard auf kommunaler Ebene gibt. Dies würde die Zusammenarbeit deutlich erleichtern.

Genenger-Stricker:

Für diesen Bereich, hatten wir die Beigeordnete vom Deutschen Städtetag Frau Göppert, eingeladen, die aber leider erkrankt ist. Aber vielleicht können auch Sie, Frau Gierden-Jülich, dazu etwas sagen.

Gierden-Jülich

Zunächst mal ist dies natürlich auch ein Zeichen dafür, dass die Kommunen bei der Ausgestaltung des Integrationsprozesses eine starke eigene Rolle haben. Wir haben neben den Integrationsagenturen auch noch das Projekt „Komm-In NRW“. Dieses Projekt dient der Verstärkung und Optimierung vorhandener kommunaler Ansätze, nicht der Neuerfin-

derung kommunaler Institutionen. Ich habe eben so salopp vor mich hin gemurmelt, dass es bei der Einführung von Frauenbeauftragten anfänglich eine ähnliche Ausgangssituation gab. 1979 hat die Stadt Köln mit Pomp und Prunk die erste Frauenbeauftragte aus dem „Hut gezaubert“ und ihr gleich ein ganzes Amt gegeben. Die ganze Republik staunte und sagte „Boah“. 1979 ist das erste Frauenamt in Deutschland mit wirklich großer Kompetenz eingerichtet worden. Und alle anderen großen und kleinen Städte standen daneben und fragten sich „Ja, was machen wir jetzt?“. Und dann gab es die gleiche Entwicklung: in einem Fall wurde dann eine Ehrenamtliche, die Ehefrau vom Bürgermeister ernannt, im anderen Fall wurde die Aufgabe einem Dezernat zugewiesen. Im Grunde genau das, was sie jetzt schildern. Ich bin ganz sicher, dass wir irgendwann auch hier zu Standards kommen, die die Funktionen klar beschreiben, vielleicht sogar irgendwann zu Regelungen, aber zunächst einmal bin ich froh, dass die Kommunen sich dieser Aufgabe stellen, indem sie Stellen oder Menschen benennen, die sich um die Integration vor Ort kümmern sollen. Das ist für meine Begriffe ein richtiger Einstieg. Das andere wird sich im Prinzip auch in der Konkurrenz der Städte, im Wettbewerb der Städte untereinander bei der Weiterentwicklung von integrationspolitischen Konzepten ergeben. Und wenn wir so weit sind, dann werden die Städte in ihrem eigenen Interesse auch ein bestimmtes Niveau finden. Ich halte es für mich als Vertreterin des Landes, für das die Städte auch wichtige Partner sind, für unangemessen, gleich einzugreifen und zu sagen: „Also passt mal auf, das geht jetzt so nicht, dein Integrationsbeauftragter, der muss aber mindestens das Profil, das Format, die Zuständigkeit und den Geldsäckel haben.“ Ich glaube da würde ich vieles, was jetzt an gutem Willen vorhanden ist – und der ist überall vorhanden – durchaus wieder kaputt machen. Wir müssen jetzt mal in Kauf nehmen, dass wir auch eine bestimmte Zeit für diese Neuausrichtung brauchen. Das Ziel muss aber bleiben zu einem mehr oder weniger angeglichenen Niveau zu kommen.

Genenger-Stricker:

Wollen wir hoffen, dass es so kommt. Denn es ist für die freien Träger wichtig, wer diese Koordinierungsaufgaben in der Kommune wahrnimmt. Die freien Träger, die seit Jahrzehnten die konkrete Arbeit leisten und die auch eine herausragende Rolle vor Ort spielen, fragen sich schon, wer ist unser Partner auf kommunaler Ebene. Entscheidend ist hier auch, inwieweit das Subsidiaritätsprinzip gewahrt wird. Dies setzt bestimmte Kompetenzen bei den Integrationsbeauftragten voraus. Insofern ist die Weiterentwicklung mit viel Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Ich würde gerne noch eine letzte Runde auf dem Podium machen. NRW ist ein sehr bevölkerungsreiches Bundesland. Es spielt auch eine sehr gewichtige Rolle in der Bundespolitik. Dort steht hoch aktuell das nationale Integrationsprogramm an. Und hier stellt sich die Frage: Wie können Aktivitäten im Land, die Akteure im Land dieses nationale Integrationsprogramm mit gestalten bzw. welche Erwartungen formuliert diese an die Einrichtungen im Land? Liefern die ProMigra-Ergebnisse Impulse, die dort eingebracht werden können?

Johnsen:

Ja, das mit ProMigra, das überlass ich gern Herrn Hensel, dazu etwas zu sagen. Nationaler Integrationsplan, der ist auf der Bundesebene angesiedelt. Die freie Wohlfahrtspflege hat die Möglichkeit gehabt, im Rahmen der Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen Einfluss zu nehmen. Insofern hat sie in dem Prozess auch eine Rolle gespielt. Ich glaube es gab acht Gruppen, zu denen wir einen Bezug hatten. Auf der Bundesebene hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege natürlich mit dem Thema beschäftigt. Und wir haben dieses Thema zunächst einmal, wie ja auch alle anderen Akteure in dem Bereich, auf uns selber bezogen. Das heißt im Rahmen der nationalen Integrationspläne sind vor allem erst einmal Selbstverpflichtungen der Betroffenen gefordert. Und genau das hat die freie Wohlfahrtspflege getan. Sie hat einen entsprechenden Selbstverpflichtungskatalog in allen Arbeitsgemeinschaften erstellt, der letztendlich an uns selbst, als Wohlfahrtspflege, Anforderungen stellt. Wenn alle Beteiligten in diesem Prozess das

tun und diese Anforderungen letztendlich auch umsetzen, dann lebt dieser Integrationsplan.

Gierden-Jülich:

Wir haben uns im Grunde genommen, nicht nur weil wir das bevölkerungsreichste Bundesland sind, sondern weil wir uns die Integrationspolitik auf die politische Agenda gesetzt haben, sehr stark engagiert. Und wir haben natürlich versucht, das, was wir mit den Akteuren in NRW, also mit den Wohlfahrtsverbänden, mit den RAAs, auch mit den Integrationsagenturen zuvor erarbeitet haben und für gut befinden, auch ein Stück weit mit nach Berlin zu tragen. Das, was die freie Wohlfahrtspflege gemacht hat, haben die Länderminister auf Anregung von Minister Laschet dann auch gemacht. Sie haben sich getroffen und haben eben ein Konsenspapier verabschiedet — was ja auch nicht ganz einfach ist bei 16 Ländern mit unterschiedlichen Ausgangslagen — als ihren Beitrag zu diesem nationalen Integrationsprogramm, als ihre Selbstverpflichtung in unterschiedlichen Handlungsfeldern. Es ist ein einmaliger Prozess, der da angestoßen wurde. Es haben viele Akteure, auch aus NRW, nicht nur aus der Landesregierung, sondern auch von unsren Partnerorganisationen in den Arbeitsgruppen mitgewirkt und Ideen produziert. Aber die Herausforderung wird sein, das, was die Bundeskanzlerin Angela Merkel am 12. Juli vorlegen wird, dann auch, wenn man so will, mit Leben zu füllen und Stück für Stück abzuarbeiten. Dann beginnt der eigentliche Prozess. Bis jetzt haben wir eben nur ein großes politisches Interesse und ein politisches „Momentum“ des Bundes, sich hier auch zu engagieren, was am 12. Juli seinen Ausdruck in diesem nationalen Integrationsprogramm finden wird. Die Länder haben sich ihrerseits dazu bekannt. Der Minister und seine Ressortkollegen wollen auch in Zukunft den regelmäßigen fachpolitischen Austausch auf dieser Ebene mit den Länderkollegen pflegen, um zu schauen, wie das, was man sich selber auf die Fahne geschrieben hat, auch Realität werden lassen kann.

Genenger-Stricker:

Kann denn umgekehrt auch das Land bzw. die Integrationspolitik des Landes davon profitieren?

Gierden-Jülich:

Ich denke, wir haben dadurch, dass wir uns selbst auch viel vorgenommen haben, auch vieles an Ideen produziert. Aber andere Länder produzieren natürlich in gleicher Weise Ideen, in anderen Feldern, bisweilen aber auch in den gleichen. Dieser Prozess ist immer ein Geben und Nehmen. Und der Beitrag der Länder ist ein Papier gewesen, das von den Ideen aller Bundesländer lebt, zwischen allen abgestimmt ist und von allem jetzt auch mitgetragen wird. Da werden einige Bundesländer sich anders bewegen müssen als wir. Und das, was der Bund einbringt, ist natürlich auch ein Stück Herausforderung aber auch ein Angebot für uns. Es ist für uns aber auch ein Rahmen, der es erlaubt Aspekte für die aus unserer Sicht noch weiterer Handlungsbedarf besteht, dann in Zukunft auf einer - wenn Sie so wollen – etablierten Plattform weiter zu debattieren. So eine Plattform hatten wir bisher nicht. Es gab die Innenminister, die sich zu den wesentlichen Fragen ordnungspolitische Gedanken gemacht haben, und es gab die Sozialminister, für die Integrationspolitik nur ein nachrangiger Tagesordnungspunkt war. Dies hat sich doch jetzt sehr grundlegend geändert.

Genenger-Stricker:

Das Thema Integration hat also eine größere Gewichtung bekommen.

Herr Hensel, Sie noch einmal zum Schluss: wo sehen Sie Perspektiven, wenn Sie die gesamte Entwicklung in der Bundesrepublik betrachten?

Hensel:

Herr Johnsen, Sie haben es ja eben gesagt: „Selbstverpflichtung“. Ich möchte uns jetzt mal an die eigene Nase packen. Wir haben vier gesellschaftliche Handlungsfelder benannt, dazu gehören der Dialog der Religionen und die interkulturelle Öffnung in unseren Diensten und Einrichtungen. Jetzt sagt man ja unserer katholischen Kirche ganz gerne

nach, dass sie in diesem Punkt besonders „vernagelt“ sei, weil sie ein Tendenzbetrieb ist. Tatsächlich haben wir das mal genauer angesehen. Wir haben nach innen gezählt und geschaut, ob wir einen unterdurchschnittlichen oder überdurchschnittlichen Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Belegschaft und in der Kundschaft oder in der Klientel haben. Wir haben ganz Unterschiedliches festgestellt. Wir sind in der Schwangerschaftsberatung, in der Behindertenhilfe und natürlich in unseren Fachdiensten für Integration und Migration sehr stark; da erreichen wir sehr viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Wo wir nicht so gut sind, ist der Bereich der Altenhilfe. Übrigens ein Feld, was im 20-Punkte-Programm der Landesregierung noch nicht ausreichend dargestellt ist. Daran sollten wir gemeinsam weiterarbeiten. Die alte Idee, dass sich die Familienstrukturen um die älteren Mitglieder kümmern, stimmt schon lange nicht mehr. Wir merken, dass viele Familien überfordert sind und dass wir uns mit unseren Angeboten darauf einstellen müssen.

Es ist ganz interessant, das Thema „Interkulturelle Öffnung“ ist bis in die deutsche Bischofskonferenz gelangt. Im Augenblick überlegen wir, in welcher Form wir das noch intensivieren können. Ein Urbild caritativen Handelns gründet ja schon im Wirken über den christlich-jüdischen Kulturkreis hinaus; denken Sie nur an das Gleichnis vom barmherzigen Samariter. Insofern haben wir ja keine Berührungsangst. Aber gleichwohl bemerken wir in der Durchdringung unserer Dienste, dass wir unsere Bemühungen noch verstärken müssen. Das ist der Blick nach innen.

Mit Ihnen und weiteren Streitern geht es aber auch um eine politisch bessere Bühne. Da bin ich recht zuversichtlich, wenngleich ich finde, dass wir im Moment noch einige faule Kompromisse sehen: Beim Bleiberecht, wie gesagt, werden wir wahrscheinlich aneinander geraten. Bei der ‚Entillegalisierung‘ wird das Ergebnis zeigen, ob wir zufrieden sein können. Ansonsten wird sich die Caritas wieder zu Wort melden. Und ich weiß genau, dass Sie das ja auch nicht wollen, deshalb werden wir Ihnen natürlich den Rückenwind für diese politische Initiative geben.

Natürlich sagen wir, dass das Konzept ProMigra auch ‚abgekupfert‘ und weiterentwickelt werden darf; wird es übrigens auch, in der deutschen Caritas ist es bereits im Rahmenkonzept verankert, d.h. wir durchdringen unsere eigenen Dienste und Einrichtungen mit dieser Idee. Und das Schöne ist ja, dass dahinter das Selbstbewusstsein steht – das war übrigens immer bei caritativer Arbeit so – dass die ganze Zeit versucht wird, sich überflüssig zu machen. Sie müssen immer so lange arbeiten, dass sie diesen speziellen Dienst irgendwann nicht mehr brauchen. Doch tatsächlich werden wir wohl einen speziellen Dienst immer brauchen, diesen besonderen Fokus müssen wir gleichzeitig im Blick behalten.

Insofern bin ich jetzt erst einmal mit der derzeitigen Entwicklung ganz zufrieden. Ich denke, wir werden in den nächsten Jahren einfach noch eine ganze Menge miteinander zu tun haben. Und wenn wir manchmal nicht genau wissen, wo lang, dann weiß ich, wen man fragen kann: Wie zu Beginn von ProMigra, werden wir uns wieder direkt an die Betroffenen wenden. Das finde ich immer klüger, als sich alleine auf die Meinung der Verantwortungsträger zu verlassen.

Genenger-Stricker:

Vielen Dank. Ich denke, es ist deutlich geworden, dass einiges passiert, das aber weiterer Handlungsbedarf besteht. Sie haben dafür gerade noch einmal wichtige Stichworte genannt, z.B. die Geduldeten und die Klärung der Situation im der Bereich Bildung. Aber ich denke es ist auch deutlich geworden, dass hier drei Verantwortliche stehen, die wirklich engagiert sind für dieses Anliegen und wir auch die Hoffnung haben können, dass bei dieser großen Aufgabe, die vor uns liegt und bei der die Mehrheitsgesellschaft gefordert ist, weitere Schritte erfolgen müssen. Vielen Dank Ihnen, dass Sie hier waren und bereit waren Ihre Positionen darzulegen.